

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

Nr 15

Preis 1 DM

Metalltarifrunde '71

Der laufende Konjunktur-Zyklus, der seinen Aufschwung aus der Krise 1966/67 heraus nahm (Voraussetzung u. a. Export-Steigerung, Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterklasse vor allem durch Lohnraub, staatliche Investitionen) ist seit Herbst 69 wieder im Abschwung.

Die Konjunkturlage begünstigte in den Tarifaufeinandersetzungen die Kapitalistenklasse, da von der abnehmenden Kapazitätsauslastung einerseits ein Druck auf die Arbeiterklasse ausgeht und andererseits die Kapitalisten "Luft" haben, um einen begrenzten Arbeitskampf hinzunehmen.

Diese Feststellung muß allerdings präzisiert werden:

1. Der Druck auf die Arbeiterklasse ist gegenwärtig noch eher politisch-ideologischer als ökonomischer Natur. Von einer "Reservearmee" von Arbeitslosen kann noch keine Rede sein; daher verwirklicht sich der von der Konjunkturlage ausgehende Druck in erster Linie als Angst um den Arbeitsplatz, nicht aber als tatsächliche Gefährdung des Arbeitsplatzes (etwa in dem Sinne, daß der Kapitalist im Falle eines Arbeitskampfes auf Arbeitslose in größerer Zahl zurückgreifen könnte).

2. Ein begrenzter Arbeitskampf, wie ihn die Kontrolle der Arbeiterklasse durch die DGB-Führung garantierte, war allerdings von der Kapitalistenklasse nicht nur zu ertragen, sondern kam ihr zum Teil sogar gelegen, um etwa Kurzarbeitergeld einzusparen. Ein längerer Streik wäre dagegen nicht im Sinne der Bourgeoisie gewesen. So kommentierte die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG den Abschluß der Metalltarifrunde, indem sie eine Stellungnahme von Gesamtmetall zitierte: "...daß eine Fortsetzung von Streik und Aussperrung und eine explosionsartige Ausbreitung von Betriebsstil-

legungen im ganzen Bundesgebiet zu Verlusten geführt hätten, die durch noch so niedrige Lohnraten nicht mehr hätten wettgemacht werden können. Aus dieser Formulierung ist offenbar zu entnehmen, daß die Kampfbereitschaft der Arbeitgeberseite nicht mehr lange Zeit ausgereicht hätte, um den harten Arbeitskampf fortsetzen zu können..." (FAZ, 30. Dez.)

Der Vorteil der Kapitalistenklasse in der Metalltarifrunde 71 ergab sich demnach nicht schlechthin aus der Konjunkturlage, sondern aus der Kontrollierbarkeit der Arbeiterbewegung durch die DGB-Führung und der sich daraus ergebenden Möglichkeit, die Konjunkturlage politisch-ideologisch auszunutzen.

INHALT



DIE IGM-FÜHRUNG IN DER TARIFRUNDE

TARIFPOLITIK DER DKP

EIN ZWEITES 1963

RATTENFÄNGER - ABRUCK ZWEIER
PAPIERE DER NEOFA SCHISTISCHEN ANR

ZUR DISKUSSION IM KOMMU-
NISTISCHEN BUND

Der zweite Vorteil für die Bourgeoisie ergab sich daraus, daß die Führung der Regierungsgeschäfte durch die SPD die Möglichkeiten zum Einsatz des Staates enorm verbessert gegenüber einer Regierung der CDU/CSU. Dies wurde bemerkenswert geschickt ausgenutzt, indem einerseits die Kapitalisten ihr Trommelfeuer gegen die SPD an entscheidenden Punkten des Tarifikampfes noch steigerten und andererseits die DGB-Führer eine Kampagne für die Verteidigung der SPD starteten, um schließlich die nicht zu leugnende ökonomische Niederlage der Arbeiterklasse immerhin als politischen Erfolg verkaufen zu können ("Rettung" der SPD/FDP-Regierung).

Die Tarifikämpfe 71 hatten insofern einen besonderen Stellenwert, als es für die Bourgeoisie darum ging, eine Wende in der Tarifpolitik gegenüber den Jahren der Hochkonjunktur 69/70 herbeizuführen.

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik wurde in den Septemberstreiks 69 punktuell durchbrochen. - Die Krise 66/67 war nicht zuletzt durch einen erheblichen Lohnabbau 67 und durch Lohnstop 68 in eine "Gewinnexplosion" von bisher einmaliger Höhe übergegangen. In ihrem Bestreben, die Lohnkosten möglichst gering zu halten, überspannten die Kapitalisten den Bogen, und die Folge war, daß sich die Arbeiter einiger Bereiche (IGM, IGBE) im Herbst 69 auf eigene Faust einen größeren Anteil sicherten, indem sie ohne gewerkschaftliche Führung in spontane Streiks traten.

Damit war mehr gefährdet als nur der ungeschmälerte Profit; einen Knacks erlitten hatte die Kontrolle der Gewerkschaftsführung über den Lohnkampf überhaupt. Die Erfahrung war da, daß sich die Arbeiter in einer bestimmten ökonomischen und politischen Situation mehr geholt hatten, als die von der DGB-Führung praktizierte Tarifpolitik ihnen eingebracht hatte. Da war das triumphale Gefühl der eigenen Stärke, das die Hoesch-Arbeiter mit ihrem Lied "So ein Tag, so wunderschön wie heute" zwar weniger bewußt, aber genauso begeistert zum Ausdruck brachten wie z. B. die FIAT-Arbeiter mit ihrem "Cosa vogliamo: tutto!" (Was wir wollen: A L L E S !).

Die Kapitalisten reagierten auf die Erfahrung der September-Streiks mit einer Stärkung ihrer eigenen Reihen, d.h. vor allem eines gesteigerten Einflusses der Kapitalistenverbände. 1970 wurden bereits verschiedene Richtlinien zur Bekämpfung spontaner Streiks wie überhaupt zur "Normalisierung der tarifpolitischen Entwicklung" herausgegeben (1).

So heißt es in einem Rundschreiben des BDA vom 8. August 70, also noch vor der Metalltarifrunde des Jahres, die Septemberstreiks seien "in ihren schwerwiegenden Auswirkungen auf die Lohnentwicklung des Jahres 1970 immer noch nicht völlig überwunden". Die DGB-Führer sollten mithelfen, "einer Wiederholung der im Herbst 1969 eingetretenen gefährlichen Entwicklung vorzubeugen"; Kapitalisten und DGB-Führer sollten "mit allen Kräften dieser Entwicklung gemeinsam entgegenzutreten", um "etwa neu aufflammende wilde Streiks bereits im Keime zu ersticken und durch geeignete Maßnahmen eine Normalisierung der tarifpolitischen Entwicklung zu erreichen".

Die Kapitalisten waren seit Herbst 69 bemüht, die Lohnsteigerungen schrittweise zu senken, und zwar nicht allein mit Blick auf den sich abzeichnenden Konjunkturabschwung, sondern auch um einer Art Ketten-Reaktion "vorzubeugen", die in den Septemberstreiks angelegt schien, einerseits im Sinne immer höherer ökonomischer Forderungen der Arbeiter, dann aber auch im Sinne eines zunehmenden politischen Bewußtseins.

Die Metalltarifrunde begann mit Forderungen von 15 % und endete bei 10 (Hessen) - 12,2 % (Baden-Württemberg). Dieser Abschluß galt den Kapitalisten immer noch als "abenteuerlich hoch". Hier schalteten die Kapitalisten bereits die Regierung ein, indem sie Brandt erklären ließen, die Löhne müßten in Zukunft langsamer steigen als in der Vergangenheit.

Die Schillerschen Lohnleitlinien sahen 7 - 8 % vor, der Jahresbericht des BDA 6,5 % (was die Kapitalisten dann nicht hinderte, mit ihrem provokatorischen 4,5 %- "Angebot" aufzutreten), die Zielprojektion des DGB dagegen 10,4 %. Die folgende Tabelle zeigt die Abschlüsse im Jahre 1971.

Kapitalistische Tarifpolitik 1971: Auf Linie!

Branche	Forderung	Abschluß
Druck und Papier	10,4 - 14%	7,5%(Erzeug.) 9% (Verarb.)
Bau		7,9%
Bergbau und Energie		7,3%
Bankangestellte	9 - 9,5%	7,9%
Chemie	11,9%	7,8%
Metall	9 - 11%	7,5% (15 Monate)
ÖTV-Häfen	11%	7,6%
Öffentl. Dienst	5% (+ 60 DM)	4% (+ 30 DM Sockelbetrag)

Die Kapitalisten begannen im Herbst 70 mit der Entfaltung von Krisenhysterie, die sich 1971 noch steigerte. Am 17. August lautete die BILD-Schlagzeile "Alarm für viele Arbeitsplätze". Am 6. November, also schon während der Metalltarifrunde, präsentierte BILD den BDA-Präsidenten Friedrich als "Star an der Strippe". Friedrich erklärte dabei u. a.: "... wissen Sie, die Gewerkschaften, ich hab ja viel mit ihnen zu tun, die sind ja so wenig wie irgend jemand anders im Leben völlig unabhängig. Die haben ihre unruhige Basis, da sind auch politische Kräfte im Gange, kommunistische, die fordern, fordern und fordern, weil sie Krisenzustände hervorrufen wollen. Aber ich habe da eine gewisse Hoffnung, daß die Einsicht in den Ernst der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung doch noch zu einem Kompromiß führt, der für alle einigermaßen tragbar ist ..." - Während des Streiks hieß es in der BILD-Zeitung: "Die gesamte Automobilindustrie muß schließen. Hunderttausende geraten in Not. Eine Million Arbeitslose vor Weihnachten ...".

Bereits in der BILD AM SONNTAG vom 20. Juni hatte BDI-Präsident Sohl gedroht: "Ob es im weiteren Verlauf der Entwicklung zur Arbeitslosigkeit kommt, hängt nahe-

zu ausschließlich vom Verhalten der Tarifpartner ab. Die Bereitschaft, in den Tarifverhandlungen nachhaltig und schnell auf die Linie der Stabilitätspolitik einzuschwenken, entscheidet über Wachstum und Beschäftigung zugleich". BILD überschrieb die propagandistischen Ausführungen Sohl: "Arbeitslosigkeit kann kommen ..., wenn die Tarifpartner nicht auf die Linie der Stabilitätspolitik einschwenken ..."

In der BILD vom 20. September wurden auf Seite 1 die folgenden Artikel des Innenteils in Überschriften angekündigt: "Franz Josef Strauß in einem Interview: "Willy Brandts Politik führt zum Umsturz" - "Schon 38 000 Kurzarbeiter" - "Wie Sie Ihr Geld vor einer Inflation schützen können".

Daneben traten die Kapitalisten mit zwei Extra-Blättern auf, die sie den Zeitungen als bezahlte Anzeigen beilegen ließen. Der von Gesamtmetall herausgegebene "Metallblitz" malte die wirtschaftliche Situation der Metaller in rosigsten Farben und beschwor zugleich das Gespenst einer Krise, falls die Metaller sich dem Lohndiktat der Metall-Kapitalisten widersetzen würden. Dort war u. a. die Rede von "einzigartigen Einkommenssteigerungen und sozialen Verbesserungen für die Metaller in den letzten zwei Jahren" ("Beweis" sollte u. a. ein neckisches Fotomodell sein, das als Angestellter eines Metall-Betriebes vorgestellt wurde). Andererseits hieß es: "Die Arbeitsplätze bei Metall sind nicht mehr sicher". "Ohne eine vernünftige Lohnpolitik ist heute jeder Versuch, die Inflation zu bremsen, zum Scheitern verurteilt". Als warnendes Beispiel wurde England präsentiert: "... Streiken scheint in Großbritannien also eine Art 'Volkskrankheit' geworden zu sein. Dem soll jetzt ein neues Streikrecht abhelfen .." und "auch ohne viel Streiks haben die deutschen Arbeitnehmer mehr erreicht als ihre 'streiksüchtigen' Kollegen im Ausland ... Andere streiken - bei uns geht es aufwärts!"

Unser Aufstieg – wenig Streiks

Auch ohne viel Streiks haben die deutschen Arbeitnehmer mehr erreicht als ihre "streiksüchtigen" Kollegen im Ausland.

Von 1960 bis Anfang 1971 gingen der deutschen Wirtschaft knapp 3,26 Millionen Arbeitstage durch Streik verloren, also etwas



mehr als ein Drittel der 12,4 Millionen Streiktage, die Italien allein 1970 hatte. Den letzten großen Krach in der Bundesrepublik hat es 1963 gegeben.

316 397 Arbeitnehmer legten die Arbeit nieder. Das ergab 1 846 025 Streiktage. 1969 und 1970 haben wilde Streiks die "Bilanz der Vernunft und des sachlichen Ausgleichs" verdunkelt. Eindeutig der bessere Weg: **Andere streiken – bei uns geht es aufwärts!**

Großbritannien mit Streik-Rekord

Das weltberühmte Unternehmen

Rolls-Royce ging k. o. Eine große schottische Werft ging in die Knie. 904 000 Briten gehen heute stem-peln; sie sind arbeitslos.

Einer der Hauptgründe: Die Briten sind mit den Italienern "Europameister" im Streiken. Allein im letzten



Jahr sorgten 1,75 Millionen britische Arbeitnehmer dafür, daß der Insel-Wirtschaft in 3925 Streiks fast 11 Millionen Arbeitstage verloren gingen.

1966 waren an 2398

Streiks "nur" 530 000 Briten beteiligt.

Streiken scheint in Großbritannien also eine "Volkskrankheit" geworden zu sein. Dem soll jetzt ein neues Streikrecht abhelfen. Denn man sah ein: Den Schaden tragen John und Mary – und die ganze Wirtschaft!



Otto A. Friedrich

**Am BILD-
Telefon warnt
Wirtschafts-
Kapitän
Otto A.
Friedrich:**

Macht unsere

Wirtschaft

nicht kaputt!

- 23 000 Arbeitslose mehr
- 20 000 Kurzarbeiter mehr
- Lob für die Hausfrauen

mk./kl. Bonn/Nürnberg, 6. 11.

Macht unsere Wirtschaft nicht kaputt! Diesen leidenschaftlichen Appell richtete gestern am BILD-Telefon der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Friedrich (69), an alle Verantwortlichen in diesem Land. Friedrich: Wir alle haben über unsere Verhältnisse zu leben versucht. Wenn weiter falsch gehandelt wird, dann wird das auf dem Rücken des ganzen Volkes ausgetragen.

Ein Lob zollte Arbeitgeber-Chef Friedrich den Frauen: "Im Bundestag sollten viel mehr Frauen vertreten sein, sie sind nämlich vernünftiger als die Männer."

Wie es in der Wirtschaft

aussieht, geht aus folgenden Tatsachen hervor:

● Die Zahl der Arbeitslosen stieg bis Ende Oktober im Vergleich zum Vormonat um 23 400 (15,9 Prozent) auf 170 100. Das sind 59 300 (53,5 Prozent) mehr als vor einem Jahr.

● 58 900 Beschäftigte (September: 58 600) mußten im Oktober kurzarbeiten. Für weitere 63 900 Arbeitnehmer ist Kurzarbeit beabsichtigt worden.

Der scheidende Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, forderte bei der Eröffnung der Deutschen Industrie-Ausstellung in Berlin Super-Minister Schiller auf, endlich zu einem festen Wechselkurs der Mark zurückzukehren. (Lesen Sie bitte Seite 2.)

Zum Artikel zur Metall-Tarifrunde sind leider die Anmerkungen und Zitatangaben abhanden gekommen. Um die Herausgabe von UW 15 nicht noch weiter zu verzögern, werden diese Angaben zu den Nummern 1-55 in der nächsten Nummer von UW erscheinen.

Die vom BDA herausgegebene Schrift "Moment" beschäftigte sich dagegen mit der sogenannten "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand". Dort hieß es mit kaum noch zu überbietenden Zynismus:

"Seit Jahren stiften Gesellschaftskritiker mit dem bösen Wort von der 'skandalösen Vermögensverteilung' Verwirrung und Unfrieden. Während 1,7 % der Bundesbürger 70 % des Produktivvermögens besitzen, so verkünden sie lautstark, gehe die große Masse leer aus ... Richtig ist, daß am produktiv arbeitenden und gleichzeitig haftenden Kapital in der Wirtschaft nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung beteiligt ist. Der Grund: Bis heute sind noch nicht allzu viele bereit, ihr Geld tagtäglich den Risiken und Wagnissen des Wettbewerbs auszusetzen ..."

Im selben Sinn erklärte BDA-Präsident Friedrich in "Moment":

"Wir brauchen in der Diskussion über die Vermögensbildung endlich Ruhe vor politisch eingefärbten Plänen, die mit dem Griff nach den Gewinnen zugleich unsere Wirtschaftsbasis schwächen würden ... Gefahr muß ich in allen politischen Forderungen sehen, die das Eigentum aufweichen oder beseitigen wollen. Sie kommen von Linksextremisten und Kommunisten. Solche Forderungen werden aber auch von naiven Gesellschaftspolitikern erhoben, die sich über die Tragweite ihrer Vorstellungen einfach nicht im Klaren sind. Wer die Abschaffung des Eigentums an Produktionsmitteln verlangt, der bereitet das Ende unserer freiheitlichen, demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung vor ..."
(eine bemerkenswerte Definition der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung"!!)

Einher mit dieser Propaganda gingen immer wieder massive Angriffe auf die Tarifaufonomie. So veröffentlichte z. B. der Industrie-Kurier bereits am 4. Februar 71 drei Beiträge zu diesem Thema. Es hieß dort u. a.:

"Dem Stabilitätsgesetz fehlt es an Möglichkeiten, die Lohnpolitik zu beeinflussen. Hier sei ein weißer Fleck im Instrumentarium der Konjunktursteuerung," erklärte der frühere Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. Karl M. Hettlage. Da die konzertierte Aktion immer mehr zur reinen Deklamation geworden sei, Hoffnung auf die Vernünftigkeit und Gesprächsbereitschaft der Gewerkschaften unberechtigt seien, sprach sich Hettlage für eine gewisse Einschränkung der Tarifaufonomie aus. Es könne keine unbegrenzte Tarifaufonomie geben, betonte Hettlage vor dem Club Münchner Wirtschaftspresse. Er gab allerdings zu (?), daß man hier auch sehr rasch bei der Problematik des Streiks lande, denn eine gewisse Einschränkung der Tarifaufonomie werde auf den Widerstand des Arbeitnehmers stoßen ..."

In derselben Ausgabe des "Industrie-Kuriers" wurde gedroht: notwendig sei, "daß durch eine Mäßigung in der Tarifpolitik der Teufelskreis der Lohn- und Preiserhöhungen durchbrochen wird ... Schrauben die Gewerkschaften ihre Ansprüche nicht zurück und setzen die Arbeitgeber diesen Ansprüche nicht härteren Widerstand entgegen, könnte die Tarifaufonomie ernstlich in Gefahr geraten. ..." In einem kurzen Kommentar schließlich bezeichnete der

Industrie-Kurier" die Tarifaufonomie als "Heilige Kuh", die es anscheinend zu schlachten gilt: "So wie das Recht auf Eigentum eine Sozialbindung hat, so muß auch das Grundrecht auf Tarifaufonomie an das Gesamtinteresse gebunden sein. Wer diesen Zusammenhang vergißt, darf sich nicht wundern, wenn sein garantierter Freiheitsraum begrenzt wird."

Es ist offensichtlich, daß hier von seiten der Bourgeoisie mit sehr massiven Drohungen gearbeitet wurde, die ohne weiteres den Tatbestand der Erpressung bzw. Nötigung im Sinne des bürgerlichen Gesetzes erfüllen. Wer ist der Adressat dieser Drohungen und was soll erreicht werden? Plumpe Hetz-Schriften wie der "Metallblitz" sind nicht darauf abgestellt, breitere Massen der Arbeiterklasse zu beeinflussen. Derartige Propaganda der Kapitalisten hat eher gegenteiligen Effekt, und darüber machen sich die Kapitalisten auch kaum Illusionen. Ihre Propaganda zielt in erster Linie auf die Zwischenschichten, also auf das Kleinbürgertum, höhere Angestellte und Beamte etc. Sie sollen in Unruhe versetzt, von der Arbeiterklasse isoliert und als Bündnispartner der Bourgeoisie gewonnen bzw. konsolidiert werden. Daneben sind die Frauen der Arbeiter ein wichtiges Ziel der Kapitalisten-Propaganda. Sie sollen demoralisiert werden und so den Kampf der Männer schwächen. Zu diesem Zweck haben z. B. verschiedene Metall-Betriebe in Nordbaden-Nordwürttemberg - wie auch schon 1963 - während des Streiks den Arbeitern Drohbriefe ins Haus geschickt, die darauf abgestellt waren, Konflikte in die Arbeiterfamilien hineinzutragen. In der Presse wurde eine Meldung verbreitet, wonach die Mehrheit der Arbeiterfrauen in Baden-Württemberg dem Streik ablehnend gegenüberstehe.

Ein weiterer Aspekt der bürgerlichen Propaganda neben der Krisen-Hysterie sind die sich häufenden Äußerungen der Kapitalisten und ihrer Politiker über eine Gefährdung des kapitalistischen Gesellschaftssystems überhaupt.

Franz Josef Strauß in einem Interview:

„Willy Brandts Politik führt zum Umsturz“

BILD

20. Sept. 71

Die Kapitalisten klagen darüber, daß sich ihre "gesellschafts- und sozialpolitische Situation ... merklich verdunkelt hat" (2), daß sie in Gefahr stehen, "überrollt zu werden" (3). Sie rechnen "mit noch massiveren Angriffen als bisher" (4) oder reden vereinzelt sogar schon davon, daß es für sie bereits um "Sein oder Nichtsein" geht (5).

Zwar habe das Anwachsen der kommunistischen Bewegung "bisher (!) noch keine revolutionäre Stimmung in der Arbeiterklasse" ausgelöst, doch gebe es bereits in den

Betrieben "einen gewissen Wandel", nämlich eine "wachsende Kritik an unserer Gesellschaftsordnung" (6). Es drohe ein "Generalangriff auf den Unternehmer". Es sei "seit den sechziger Jahren ... ein Wiederaufleben des dogmatischen Marxismus in zunehmend militanter Ausprägung" im Gange, d. h. also ein Aufschwung der kommunistischen Bewegung (7).

Vor allem für die Zeit nach 1973 (gemeint ist offenbar: nach den Bundestagswahlen 73) seien "Ideologien (zu) erkennen, die vorsätzlich oder fahrlässig die Rentabilität der Unternehmen auf dem Altar von Reformillusionen opfern" (8). Schuld daran sei auch die SPD-FDP-Regierung, der es angeblich an der "notwendigen Entschlossenheit" fehlt, den Kapitalismus noch aktiver und brutaler zu verteidigen (9), die den Kapitalisten "Furcht vor gesellschaftspolitischen Experimenten" einflößt (10), die Zweifel an der Verteidigung des "Eigentums an Produktionsmitteln als Eckpfeiler der Marktwirtschaft" aufkommen lasse und mit ihren "inneren Reformen" den "Erwartungshorizont" (der die SPD unterstützenden Arbeiter!) zu weit stecke (11).

Antikapitalistische Kräfte sehen die Kapitalisten nicht nur in der DKP, sondern auch in staatstragenden Parteien und verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft". Es bestehe die Gefahr, daß die stabilisierenden Kräfte von den Systemkritikern verdrängt würden (12). Auch die Gewerkschaftsführer seien "in zunehmenden Maß links-radikalem Druck ausgesetzt" (13).

Die Kapitalisten selbst müßten verstärkt aktiv werden und "aktiven Einsatz" zur Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zeigen (14), sich "mit allen Mitteln (!) und überall, wo wir können, zur Wehr setzen" (15). Die Kapitalisten müßten begreifen, daß für sie nicht allein der wirtschaftliche Erfolg als Maßstab gelten könne. Vielmehr seien sie dazu aufgerufen (!), ihre gesellschaftliche Funktion deutlich sichtbar werden zu lassen (d. h. ihre wirkliche Funktion zu verschleiern: die Ausbeutung fremder Arbeitskraft), da sie sonst "von der Bildfläche verschwinden" (16).

Die Kapitalisten müßten nunmehr "zum Gegenangriff übergehen", um "Aussichten für das Bestehen des Kampfs" zu haben, "über dessen Härte noch nicht überall klare Vorstellung besteht" (17). Dabei sei (neben offener Gewalt: Vorbereitung auf den Bürgerkrieg) auch "Offenheit für Reformen" eine Voraussetzung, worunter namentlich die "Vermögensbildung" eine "entscheidende Rolle" spielen soll, denn sie gebe dem Arbeiter "ein positives Verhältnis zur unentbehrlichen Kapitalbildung der Volkswirtschaft" (18), d. h. sie ist geeignet, eine festere Bindung an den Kapitalismus herzustellen. Die Kapitalisten wollen die bürgerliche Ideologie "im Bewußtsein der Öffentlichkeit so verankern, daß alle Verunsicherungsbemühungen scheitern" (19). Sie wollen sich bemühen, "der Weltanschauung des dialektischen Materialismus ein ebenso geschlossenes, in sich widerspruchsfreies System der menschlichen und wirtschaftlichen Wertvorstellungen der Marktwirtschaft herauszustellen ... Es müßte uns gelingen, der Öffentlichkeit gegenüber überzeugend darzulegen, daß der Unternehmer nicht nur seiner Pflicht zu wirtschaftlichem Handeln gerecht wird, vielmehr auch ... die sittliche Größe aufbringt, die erforderlich ist, um dem Gespenst der Dik-

tatur die abendländische Idee der personalen Freiheit entgegenzustellen (20). "Wir brauchen das politisch offensive Gegenprogramm der vernünftigen Gesellschaft und der soliden Reform" (21).

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Kapitalisten Gefahren auf sich zukommen sehen, in Form der ökonomischen Krise wie auch langfristig in der Gefährdung des Kapitalismus als ganzes - Gefahren, die sie z. T. noch bewußt übertreiben, um ihnen vorbeugend begegnen zu können und um schwankende Teile der eigenen Klasse wie auch der Verbündeten in den Mittelschichten stärker zu mobilisieren. Beklagt wird daher immer wieder die mangelnde "Abwehrbereitschaft" von Teilen der Kapitalistenklasse und gefordert wird eine geschlossene Formierung der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiter.

Der Gefahr für die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung soll begegnet werden durch Pseudo-"Reformen" und durch intensivere Verbreitung bürgerlicher Ideologie, die zunehmend faschistoide Züge annimmt.

Der Feind wird nicht nur in "radikalen Gruppen" gesehen, sondern auch in den "staatstragenden Parteien" und in den Gewerkschaften. D. H. daß der kapitalistische "Gegenangriff" sich auch gegen die demokratischen Kräfte in den bürgerlichen Parteien und in der Gewerkschaft zu richten hat.

Es scheint, daß insgesamt und langfristig die CDU/CSU den Plänen der Bourgeoisie mehr entspricht als die SPD, obwohl deren Führer sich die größte Mühe geben, sich bei den Kapitalisten durch ihre arbeiterfeindliche Politik in Empfehlung zu bringen. Jedoch wird auch der CDU vorgeworfen, daß sie es "an eindeutigen innen politischen Alternativen fehlen" läßt (22), allerdings nicht im Sinne einer Unterstützung der SPD als Regierungspartei, sondern um die CDU noch weiter nach rechts zu manövrieren. Schon 1970 war ja der BDA "nur mit der CSU ganz zufrieden" und lobte die "klare gesellschaftspolitische Linie" sowie das "eindeutige Bekenntnis" der CSU "zum Privateigentum" (23). 1971 nun lobte BDA-Präsident Friedrich: "Herr Strauß, Ihre Rede und Ihre Persönlichkeit geben uns eine große Hoffnung" (24). Es ist demnach der rechte Flügel der CDU/CSU, auf den das Großkapital setzt. Die Ablösung der SPD-FDP-Regierung wird davon abhängig gemacht, wieweit dieser Flügel es schafft, sich in der CDU/CSU durchzusetzen.

Von hierher ist klar zu bestimmen, daß das Vorgehen der Kapitalisten in der MTR Teil einer nicht nur ökonomischen, sondern auch politischen Gegenoffensive der Bourgeoisie nach einem gewissen Aufschwung 69/70 ist. Es ging darum, gegen die Arbeiterklasse einen Lohn-Abbau durchzusetzen und eine noch niedrigere Marke für 1972 vorzubereiten. Weiter ging es darum, der Arbeiterklasse einen Arbeitskampf aufzuzwingen, um dann mit dessen offener Erfolgslosigkeit resignative Stimmungen zu schüren. Es ging schließlich auch darum, reaktionäre Schichten des Kleinbürgertums verstärkt gegen die Interessen der Arbeiterklasse wie auch gegen die "unfähige" Regierungspartei SPD zu gewinnen und die Formierung der Kapitalistenklasse weiter voranzutreiben.

Das „Lohndiktat“

Es bestand allgemeine Übereinstimmung, daß es in der MTR wie überhaupt in den Lohnkämpfen 1971 ein „Lohndiktat“ gab. Allerdings wurde dieses „Lohndiktat“ sehr unterschiedlich interpretiert. Die IGM-Führung setzte das „Lohndiktat“ mit dem provokatorischen 4,5%-„Angebot“ gleich, mit dem die Metallkapitalisten die Verhandlungen eröffneten. Die DKP argumentierte ähnlich, sprach aber von einem „Lohndiktat“ von 4,5-6% (25). Beide kamen daher zur Behauptung, in der MTR sei das Lohndiktat der Kapitalisten gebrochen worden. Dagegen sprach z.B. die super-„linke“ Gruppe „KPD/ML (ZB)“ von einem „Lohndiktat der SPD-Regierung“, das sie mit den Lohnleitlinien des Bundeswirtschaftsministerium identifizierte (7-8%).

Falsch scheint uns bereits der Ausdruck „Lohn-Diktat“, denn er verfälscht den Zusammenhang von kapitalistischer und gewerkschaftlicher Lohnpolitik. Ein Lohndiktat gab es unter dem Faschismus, wo die Löhne ohne jede Beteiligung der Arbeiter und Angestellten von Staat und Kapitalistenklasse festgesetzt wurden und wo jede Kampfaction gegen diese Lohn-Festsetzung direkt ins Zuchthaus führte. In einem gewissen Sinn kann man z.B. auch in den USA von einem Lohndiktat reden, wenn auch mit Einschränkungen, denn dort hat der Staat die Möglichkeit, Streiks und sogenannte „Abkühlungsfristen“ zu verhindern und einen Lohnstop durchzusetzen. Daß die Überlegungen der BRD-Imperialisten in eine ähnliche Richtung gehen, steht außer Zweifel. Gegenwärtig erfolgt aber die Lohnfestsetzung in der BRD durchaus noch nicht auf dem Wege eines Diktats, sondern in erster Linie durch die Kontrolle der Gewerkschafts-Führung über die Arbeiterklasse.

Die Vertreter der verschiedenen „Lohndiktat“-Thesen verkennen außerdem den Zusammenhang zwischen Staat und Bourgeoisie. Wenn DGB und DKP die 4,5% bzw. 4,5-6% als „Lohndiktat“ ansehen - welche Rolle spielen dann ihrer Meinung nach die staatlichen Lohnleitlinien von 7-8%? Sollen wir etwa glauben, daß die Kapitalisten ihr „Lohndiktat“ auch gegen ihren eigenen Staat richten und daß dieser Staat Lohnleitlinien aufstellt, die mit dem „Lohndiktat“ der Kapitalisten nicht übereinstimmen?

Und die Super-„Linken“? Sie wandten sich ausdrücklich gegen die Formulierung „Lohndiktat der Kapitalisten“ und setzten dagegen ihr „Lohndiktat der SPD-Regierung“. Was ist ihrer Meinung nach der Unterschied? Ist nicht das „Lohndiktat der SPD-Regierung“, d.h. des Staates, eben das „Lohndiktat“ der Kapitalisten? Oder gibt es einen Widerspruch zwischen dem staatlichen „Lohndiktat“ und den Lohn-Vorstellungen der Kapitalisten? Nach dieser Theorie würde der Staat zu einem „über den Klassen stehenden“ eigenständigen Organ, das ein „Lohndiktat“ sowohl gegen die Arbeiterklasse wie andererseits auch gegen die Bourgeoisie durchsetzt.

Eine andere Möglichkeit ist, daß die Super-„Linken“

zwar wissen, daß im „Lohndiktat der SPD-Regierung“ nichts anderes zum Ausdruck kommt als der Wille der Bourgeoisie, aber daß die es aus propagandistischen Gründen für besser halten, diesen Zusammenhang zu verschweigen und den „Hauptstoß gegen die SPD“ zu richten, statt gegen die Kapitalistenklasse. Aber sie verbreiten damit die unsinnige Auffassung, als würde der Staat der Bourgeoisie diktieren, statt umgekehrt. Wenn die Super-„Linken“ nicht vom „Lohndiktat der Kapitalisten“ reden wollen, so sollten sie den traurigen Mut zur äußersten Konsequenz auch noch aufbringen: nämlich nicht mehr von der „Diktatur der Bourgeoisie“ zu reden, sondern von der „Diktatur der SPD-Regierung“. Der Ausdruck „Diktatur der Bourgeoisie“ könnte sonst vielleicht „vom Hauptfeind ablenken“.



Soweit es sinnvoll ist, von einem „Lohndiktat“ überhaupt zu reden, nämlich im Sinne einer bestimmten wirtschaftlichen Marke, die die Kapitalistenklasse durchzusetzen versucht, so besteht dieses unserer Meinung nach in den „Lohnleitlinien“ des Bundeswirtschaftsministerium, für 1971 also 7-8%. Diese Lohnleitlinien werden vom Staat

entsprechend den Vorstellungen der Bourgeoisie aufgestellt, sie stellen also das "Lohndiktat" der Kapitalisten dar. Daneben existierte für 1971 im Jahresbericht des BDA eine Marke von 6,5% als Höchstgrenze für Lohnerhöhungen. Diese Marken, die jährlich vom BDA aufgestellt werden und regelmäßig unterhalb der Lohnleitlinien liegen, haben wesentlich taktischen Wert, sollen also der Bourgeoisie einen gewissen "Verhandlungsspielraum nach oben" offenhalten.

Es war allerdings in der MTR 71 so, daß unter Berechnung der vereinbarten 7,5% + Pauschale auf die volle Laufzeit nicht nur die Lohnleitlinien eingehalten wurden, sondern daß auch die BDA-Marke erreicht wurde. Das ist aber eine Ausnahme. Es demonstriert u. E. sehr anschaulich die Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, die von Ende 70 (Aufstellung der Lohnleitlinien und der BDA-Marke) bis Ende 71 (Abschluß der MTR) vor sich gegangen ist.

Das Anfangs-"Angebot" der Kapitalisten als "Lohndiktat" zu bezeichnen, ist ein plumper Trick der DGB- und DKP-Führer, um den Lohnraub-Abschluß den Arbeitern als Erfolg zu verkaufen. Es liegt in der Natur von Verhandlungen, daß die Kapitalisten zuerst weniger anbieten, als sie

zahlen wollen, und daß andererseits die Gewerkschaften mehr fordern, als sie haben wollen, und daß schließlich ein "Kompromiß" zustande kommt. In der MTR haben die Kapitalisten diese Taktik sehr geschickt ausgespielt, indem sie zuerst extrem wenig anboten (erst "Null-Angebot", dann 4,5%- "Angebot") und nur sehr langsam sich "hinaufhandeln" ließen, während die Gewerkschaftsführer bereits in der ersten Schlichtung von den 11% auf 7,5% (allerdings mit sieben-monatiger Laufzeit) heruntergingen und damit den eigenen "Verhandlungsspielraum" von vornherein einengten.

Gemäß der Logik der DGB- und DKP-Führer kann man tatsächlich jedes Ergebnis noch als "Erfolg" verkaufen und den Arbeitern einreden wollen, sie sollten froh sein, überhaupt etwas gekriegt zu haben. Man braucht zu diesem Zweck nur irgendein provokatorisches "Angebot" der Kapitalisten als "Lohndiktat" zu bezeichnen und dann laut polternd zu "durchbrechen". Bei den DKP-Führern mag hierbei immerhin noch die taktische Absicht bestehen, eine Resignation in der Arbeiterklasse zu verhindern und durch die Behauptung eines "Erfolgs" die Kampfkraft der Arbeiter zu stärken. Diese Absicht kann aber durch Demagogie und Verdrehung des tatsächlichen Sachverhalts nicht erreicht werden.

DIE IGM-FÜHRUNG IN DER TARIFRUNDE

Die Gewerkschaftsführer sind Angestellte der Kapitalistenklasse, die dafür bezahlt werden (Aufsichtsratsposten etc.), daß sie die Politik der Kapitalistenklasse in der Arbeiterklasse durchsetzen. Das drückte sich in der MTR darin aus, daß selbst die scheinbar "anständigen" Gewerkschaftsführer wie Bleicher nicht davon ausgingen, was an Lohnforderungen durch entschlossenen Kampf durchzusetzen wäre, sondern daß sie vielmehr sich daran orientierten, was die Arbeiter gerade noch als Minimum akzeptieren würden. (26)

Es ist offensichtlich, daß die Aufgabe der Gewerkschaftsführer, eine solche Politik zu betreiben, ziemlich kompliziert ist und ein hohes Maß an Informationen über die Stimmung an der "Basis" erfordert. Schätzen die Gewerkschaftsführer die Stimmung der Arbeiter falsch ein, so kann es zu "Pannen" kommen wie im Herbst 69, und die Arbeiter korrigieren in spontanen Streiks die Tarifabschlüsse nach oben.

Die Septemberstreiks 69 haben die Gewerkschaftsführer zu bestimmten taktischen Anpassungen gezwungen. Wir geben im folgenden wieder, welche Schlußfolgerungen IGM-Chef Otto Brenner aus den Septemberstreiks gezogen hat (27).

Brenner stellt fest, daß "in der IG Metall und in den Gewerkschaften .. seit geraumer Zeit ein Gefühl des Unbehagens und des Mißmuts zu verspüren" ist. Während früher die große Masse der Arbeiter "passiv mehr oder weniger apathisch Gewerkschaftspolitik über sich ergehen ließen", sei seit den Septemberstreiks "eine Wandlung dieser Grundgegebenheit bisheriger gewerkschaftlicher

Praxis" festzustellen - möglicherweise im Sinne einer "neu entstehende(n) aktive(n) Kampfbereitschaft breiterer Arbeitnehmerschichten", die es bei der Ausarbeitung der Gewerkschaftspolitik zu berücksichtigen gelte.

Eine "neue Generation" von Arbeitern sei heute vorherrschend in den Betrieben, die weder durch die Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus 1933 noch durch die faschistische Ideologie geprägt worden sei. Warnend meint Brenner: "Es kann zwar keine Rede davon sein, daß eine 'Politisierung' im studentischen Sinne (?) diese Arbeitergeneration erfaßt hat. Aber man (?) sollte genau beachten, ob breitere Arbeitnehmerschichten initiativ und forderungsfreudig werden". Eine solche Veränderung nämlich würde auch die gewerkschaftliche Tarifpolitik "tangieren" (=am Rande berühren!). Die Gewerkschaftsführer müßten demnach stärker darauf achten, "ob man nicht hinter dem gegebenen Kampfwillen zurückbleibe" (und dadurch "Pannen" wie 1969 provoziert!). Der Tarifabschluß solle "in etwa (!) den Kräfteverhältnissen entsprechen".

Otto Brenner meint allerdings nicht, daß die Septemberstreiks bereits ein Abrücken breiterer Teile der Gewerkschaftsmitglieder von der Politik der Gewerkschaftsführer bedeuteten. Er schätzt vielmehr - wahrscheinlich zu Recht - ein, daß ernsthafte Kritik vorläufig nur aus den Reihen der DGB-Funktionäre zu erwarten sei.

Hier gebe es allerdings "Fragen, wie die nach den riesigen Vermögen der Gewerkschaften, der innergewerkschaftlichen Mitbestimmung" und Kritik am Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, "Routineveranstaltungen, die

man einst als selbstverständlich hinnahm, werden jetzt als leer empfunden. Beschlüsse, die früher ohne Wimpernzucken akzeptiert wurden, bedürfen nun einer glaubwürdigen Begründung .. "



Als taktische Mittel empfiehlt Brenner: Mehr Urabstimmungen, mehr Sitzungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten (damit die Gewerkschaftsführer bessere Informationen über die Stimmungen der Arbeiter erhalten und exakter einschätzen können, was diesen zugemutet werden kann!), aber andererseits auch Zentralisierung und Disziplinierung des hauptamtlichen Apparats der Gewerkschaften.

Die Bewegung, aus den Betrieben heraus Forderungen aufzustellen, war in der MTR 71 erheblich schwächer als noch 1970. Die drohende Krise machte sich darin bereits bemerkbar. Die Gruppen, die eigene Lohnmarken zu "zentralen Forderungen" der Metaller machen wollten (DKP, "KPD/AO", "KPD/ML") hatten nur punktuell Erfolg. Auch einige kommunistische Zirkel hatten zeitweise diese falsche Politik betrieben (28).

Die IGM-Führung selbst verzögerte so lange wie möglich das Aufstellen einer Lohnforderung und konnte schließlich ihre 10-11% gegen einen insgesamt nur mäßigen Protest aus den Betrieben ohne ernsthafte Schwierigkeiten durchsetzen. Zu den 10-11% wurde erklärt, die Forderungen seien zwar "geringer als im Vorjahr", jedoch "umso härter wird darum gekämpft werden, sie durchzusetzen" (29), denn es stecke in den Forderungen "kein großer Spielraum" mehr.

In der ersten Schlichtung ging die IGM-Führung sofort auf 7,5% bei siebenmonatiger Laufzeit herunter, wobei die kurze Laufzeit im ersten Schlichtungsvorschlag wohl dazu diene, die Metaller an das schließliche 7,5%-Ergebnis bei 15monatiger Laufzeit "heranzuführen" (30).

Zum ersten Schlichtungsergebnis erklärte die IGM-Spitze, das sei ein "gerade noch (!) vertretbarer Kompromiß .. um einen Arbeitskonflikt zu vermeiden" (31). Bleicher sagte, "daß seine Gewerkschaft nicht mehr zum Schlichtungsergebnis zurückkehren könne" (32). "Jedes etwaige Angebot der Unternehmer, das unter dem Schlichtungsspruch liege, sei unannehmbar" (33).

Mit Blick auf das spätere Ergebnis muß also festgestellt werden, daß die Metaller nach Strich und Faden getäuscht und belogen wurden, und zwar gerade auch von "ehrlichen" Gewerkschaftsführern wie Bleicher. Ehrlicher war da schon das folgende Eingeständnis: "Wir sind bis an den Rand des Möglichen gegangen, was unsere Mitglieder noch hingenommen hätten" (34). Dies also als Enthüllung des Charakters gewerkschaftlicher Tarifpolitik: nicht so viel wie möglich, sondern so wenig wie möglich! Und die IGM-Führung ging danach noch unter das als "Rand des Möglichen" bezeichnete Ergebnis der ersten Schlichtung...!

Die IGM hatte von Anfang an den politischen Charakter der MTR 71 auffallend stark hervorgehoben - auffallend deshalb, weil die Gewerkschaftsführer sonst eher die politische Bedeutung von Streiks o.ä. herunterspielen (so z.B. Otto Brenner, hier ganz in Einklang mit der DKP, bei seiner Einschätzung der Septemberstreiks 69). 1971 nun wurde also behauptet, die MTR sei "die weitaus politischste, die je in der Metallindustrie über Lohn und Gehalt geführt wurde" (35), obwohl nicht klar war, wieso diese MTR "politischer" sein sollte als die von 1963. Die Kapitalisten wollten "ein Exempel statuieren" (36), "einen Arbeitskampf provozieren und dadurch die Einschaltung politischer Stellen erzwingen" (37). Ziel der Kapitalisten sei es, "mit einem konzentrischen Angriff auf die IG Metall die gesamte Arbeitnehmerschaft unter ihr Diktat zu zwingen und zudem der von ihnen bekämpften Bundesregierung eine Falle zu stellen" (38).

Offenbar wurde der politische Charakter der MTR diesmal bewußt so stark hervorgehoben, um gerade von der ökonomischen Seite der Angelegenheit abzulenken, d.h. dem unmittelbaren Ergebnis der Tarifverhandlungen. Dieses Spiel scheint z.T. gelungen, nicht nur gegenüber großen Teilen der Arbeiterklasse, sondern auch gegenüber der DKP, die jedem Zick-Zack der DGB-Führer hintertrotzt, und sogar gegenüber einigen kommunistischen Zirkeln, die zwar nicht umhin können, das unmittelbare ökonomische Ergebnis kritisch zu registrieren, aber sich doch über den scheinbaren "politischen Erfolg" freuen (39).

Schon Ende November 71 verkündete die IGM-Spitze triumphierend, die "Pläne von Gesamtmetall" seien "zusammengebrochen", denn die Kapitalisten hätten sich an der Streikfront den "Kopf eingerannt" (40). Der Abschluß im Dezember schließlich wurde als "bedeutender Erfolg des geschlossenen und kämpferischen Handelns" der Metaller hochgejubelt. Die Politik der Metall-Kapitalisten sei "auf der ganzen Linie gescheitert", da sie das "Diktat der 4,5% (!) nicht durchsetzen konnten" (41). Scheinradikal wurde verkündet, die Arbeiter seien nicht mehr bereit, sich "dem Diktat des Großkapitals zu beugen. Eines Großkapitals, das sich immer mehr nicht nur als Gegner höherer Löhne und Gehälter, sondern auch als Feind des sozialen Fortschritts und der sozialen Reformen erweist".

Die DKP stellte freudig fest, daß die "Sprache des Klassenkampfes" in solche Erklärungen des DGB Einzug gehalten habe. Ja, offenbar. Aber warum? Weil die Situation es geraten erscheinen ließ, statt "Arbeitnehmer" schon mal "Arbeiter" zu sagen, und statt "Arbeitgeber" gar mal "Kapitalist". Die Welt wird deshalb schon nicht untergehen, sagen sich die Gewerkschaftsführer, und der momentanen Stimmung der Metaller ist Genüge getan... Ist der Kampf

nehmer", und der Kapitalist wird wieder zum "Arbeitgeber". Naive Freude der DKP!

Die IGM-Spitze trat in der MTR 71 systematisch mit einem demagogischen Pseudo-Radikalismus auf, der darauf berechnet war, an ihrer angeblichen "Kampfentschlossenheit" keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Durchführung der zentralen Demonstration in Stuttgart, zwei Tage vor Verhandlungsabschluß, wo Bleicher noch einmal gewaltig auf die Pauke haute:

"Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Die Metallindustriellen haben jetzt den Sturm. Jetzt gilt es, alle Banalität von uns zu tun, uns von niemanden dirigieren zu lassen. Wenn wir das nur ein wenig beherzigen, dann wird die Wegstrecke, die wir jetzt zurücklegen müssen, leichter und am Ende erfolgreich sein..."

Bis zu einem ganz bestimmten Grad spielte die IGM-Spitze mit dem Feuer der Massen-Mobilisierung. Aber nicht zu sehr! So hatte die IGM-Spitze z. B. an die Metaller im Streikzentrum Mannheim nur einige tausend Karten für die Fahrt nach Stuttgart gegeben, viel zu wenig angesichts der Kampfbereitschaft der Mannheimer Metaller (42), und hatte zuvor eine Streikdemonstration in Mannheim verhindert (während solche Demonstrationen in Ulm und Karlsruhe stattgefunden hatten).

Scheinbar "antikapitalistische" Äußerungen von IGM-Führern sollten von dem Verrat an den Lohnforderungen, von der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, ablenken. Da das Ergebnis der MTR rechnerisch offenkundig Lohnabbau bedeutete, konstruierten die IGM-Führer stattdessen einen angeblichen "politischen Erfolg", d. h. in erster Linie die Rettung der SPD/FDP-Regierung, als wäre diese während der MTR zu irgend einem Zeitpunkt wirklich gefährdet gewesen. "Den Gürtel enger schnallen, um die Regierung der inneren Reformen über die Runden zu bringen", das war die Parole der Gewerkschaftsführer, mit der sie auch einen nicht unbeträchtlichen Erfolg zu verzeichnen hatten.

Die IGM-Führer isolierten die Streikenden und Ausgesperrten Nordbaden-Nordwürttembergs und dachten gar nicht daran, andere Bezirke in den Streik einzubeziehen, obwohl z. B. in Hamburg, Hessen und Nordrheinwestfalen eine Urabstimmung eigentlich fällig gewesen wäre. Der "Flächenbrand" - wie die IGM-Spitze selbst wiederholt sagte - sollte unbedingt verhindert werden. Aber ständig wurde so getan "als ob". So hieß es z. B. "Alle Signale stehen auf Sturm" (43). Ständig wurde "Kampfbereitschaft" auch in den anderen Bezirken vorgetäuscht, aber nie praktiziert.

Die Kapitalisten hatten eine zentrale Führung der Verhandlungen gefordert und selbst von Anfang an auch praktiziert. Für die Kapitalisten spielt die zentrale Verhandlungsführung eine wichtige Rolle in ihrem Konzept der faktischen Beseitigung der Tarifautonomie. Die IGM-Spitze hatte demgegenüber auf diese Absicht der Kapitalisten hingewiesen und sich wiederholt ausdrücklich von ihr abgegrenzt. Das angebliche Scheitern dieser Absicht (d. h. die scheinbar nicht zentrale Verhandlungsführung durch die IGM) wurde als Teil des "Erfolges" in der MTR hingestellt.

Was ist die wirkliche Absicht der Kapitalisten? Sie selbst wollten zentral verhandeln (und taten das auch). Die IGM-Spitze sollte ihren Vorstellungen nach auch zentral verhandeln, d. h. das einmal ausgehandelte Ergebnis müßte verbindlich für alle Bezirke sein. Hier nun ergibt sich eine

lich gerade zu jenem "Flächenbrand" (Streiks in mehreren Tarifbezirken) führen, den die Kapitalisten unbedingt verhindern wollten, weil sie ihm nicht gewachsen wären. Das Interesse des Kapitals an zentraler Verhandlungsführung gerät hier also in Konflikt mit ihrem Interesse an der Spaltung der Arbeiterklasse.

Die Politik der IGM-Spitze nun trug genau diesem sehr differenzierten Interesse der Kapitalisten Rechnung. Einerseits nämlich wurde scheinbar regional verhandelt (und also nur in einem Tarifbezirk gestreikt), andererseits wurde das in diesem einen Tarifbezirk "erkämpfte" Ergebnis auf die anderen Bezirke (in denen nicht gestreikt worden war) übertragen. Das Ergebnis war also durchaus zentral ausgehandelt worden, nur war der Kampf regional geführt worden, in dem Sinne, daß der Kampf auf einen Tarifbezirk beschränkt blieb.

Die IGM-Führer haben den Metallern zweifellos etwas zuviel zugemutet, in dem Lohnraubergebnis auch noch einen "bedeutenden Erfolg" zu sehen. Die Unzufriedenheit der Metaller, die in Stuttgart noch massenhaft die Durchsetzung der vollen 11% gefordert hatten, kommt allerdings im Ergebnis der Urabstimmung nicht klar zum Ausdruck. 71,2 % stimmten mit Ja, 20,9 % stimmten mit Nein. Dieses Ergebnis scheint auf den ersten Blick etwas kritischer gegenüber der Gewerkschaftsführung als nach dem Streik 1963. Damals stimmten 73 % mit Ja. (Diese Angaben beziehen sich alle auf Prozent der Stimmberechtigten). Allerdings kam das Ergebnis von 1963 durch eine Urabstimmung in beiden Tarifbezirken Baden-Württembergs zustande, während in der MTR 71 nur in Nordbaden-Nordwürttemberg abgestimmt wurde. Die Verschiebung von 73 auf 71,2 % ist auch nur sehr geringfügig, erlaubt jedenfalls keine Schlüsse hinsichtlich wachsender Kritik an der gewerkschaftlichen Tarifpolitik.



Bemerkenswert ist die Entwicklung im Streikzentrum Mannheim. Die Urabstimmung nach der MTR 71 brachte das folgende Ergebnis: 66 % ja, 33,3 % nein. 1963 dagegen: 57,1 % ja, 42 % nein. Also eine prozentual stärkere Zu-

stimmung zum Ergebnis als 1963! Unserer Einschätzung nach kommt in diesem Vergleich zum Ausdruck, wie stark gerade unter den bewußtesten Arbeitern die Demagogie der IGM-Spitze von der politischen Tarifrunde ("Rettet die SPD/FDP-Regierung") gewirkt hat.

Allgemein wäre es falsch, aus den Ergebnissen der Urabstimmung eine Zufriedenheit mit dem Ergebnis zu konstruieren. Es scheint, daß gerade viele relativ bewußte Kollegen aus gewerkschaftlicher Disziplin und befangen in der sozialdemokratischen Demagogie auch dann mit Ja stimmten, wenn sie über den Verlauf der MTR eigentlich unheimlich sauer waren. (Das scheint in Baden-Württemberg anders zu sein als z. B. in Nordrheinwestfalen, wo 1963 nur 55,4 % mit Ja stimmten und 1970 nur weniger als die Hälfte.)

Erhebliche Illusionen verbreitete die IGM-Spitze in der MTR 71 über die Rolle des Staates als Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse. Der Staat wurde identifiziert mit der "Regierung der inneren Reformen". Die Kapitalistenklasse war angeblich zum Sturm auf diese Regierung angetreten. Staat und Kapitalistenklasse erschienen also als etwas zumindest voneinander unabhängiges, im konkreten Fall sogar gegensätzliches.

Zum Verhalten des Staatsapparates während der MTR 71 hieß es in gewerkschaftlichen Verlautbarungen u. a.

- "Betrachten wir auch nicht die Polizeibeamten, die zu Ordnungszwecken (!) an Streikschwerpunkten eingesetzt werden, als unsere Gegner. Auch sie sind Arbeitnehmer wie wir, sind Kollegen (!)..."
- "Die Polizei steht untätig herum, nirgendwo gibt es Zwischenfälle"
- "... So soll es auch in Zukunft bleiben: Selten ist ein Arbeitskampf so diszipliniert geführt worden wie dieser. Darüber sind besonders die Polizisten froh, die ja auch Kollegen sind. Von nirgendwoher erreichten uns Berichte, daß die Polizei nur den geringsten Grund zum

Eingreifen gehabt hätte. Wenn die Polizisten überhaupt vor den Metallbetrieben und Streiklokalen erscheinen, dann meist nur... um sich zu informieren (!)".

■ "Die Polizei verhielt sich hervorragend".

Fassen wir zusammen: die Polizei wird nur zu "Ordnungszwecken" eingesetzt. Sie greift nur ein, wenn es "Zwischenfälle" gibt oder irgendein anderer Grund vorliegt. Die Polizisten sind in jedem Fall Kollegen (auch diejenigen, die während der Chemie-Tarifrunde einen griechischen Streikposten zusammenschlugen? Nette Kollegen!...).

Die staatliche Gewalt wird zum individuellen Problem: der einzelne Polizist ist genau so ein armes Schwein wie wir, er will sich bloß informieren, er verhält sich hervorragend etc. So wurde u. a. von der Tatsache abgelenkt, daß während der Streiks einige hundert Polizisten in unmittelbarer Nähe der Daimler Benz-Werke Mannheim stationiert worden waren. Die auffällige Betonung der scheinbaren "Untätigkeit" der Polizei, ihres "hervorragenden Verhaltens" usw. durch die IGM-Spitze zeigt aber auch, daß hier einer nicht unerheblichen Stimmung der klassenbewußten Metaller entgegengetreten werden sollte.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die IGM-Spitze nach den Septemberstreiks 69 die Entwicklung wieder recht gut in den Griff bekommen hat und in der Lage ist, den Lohnabbau im Dienste der Bourgeoisie gegen die Arbeiter durchzusetzen. Auch aus der Regierungsführung durch die SPD verstanden die Gewerkschaftsführer, politisches Kapital zu schlagen. Die Arbeiterklasse ist zur Zeit nicht in der Lage, die gewerkschaftliche Tarifpolitik zu durchbrechen und Steigerungen des Reallohns zu erzwingen. Die Demagogie von Gewerkschaftsführern und Sozialdemokraten erreicht bei der Masse der Arbeiter immer noch ihre Wirkung.

TARIFPOLITIK DER DKP

Die DKP meldete sich Mitte März 71 mit einer offiziellen tarifpolitischen Erklärung zu Wort, für die das Präsidium der Partei verantwortlich zeichnete. (44)

In dieser Erklärung geht das DKP-Präsidium aus von einer zunehmenden Verschärfung der Klassenkämpfe und einem "großangelegten Angriff" des Großkapitals auf die "sozialen und demokratischen Forderungen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften". Den Arbeitern stehe eine "sozialreaktionäre Front von Unternehmern, Staat und Regierung gegenüber". Dagegen sollten die Arbeiter eine "entschlossene Haltung" einnehmen, "alle Kraft aufbieten".

Die SPD/FDP-Regierung wird also - wenn auch ungenau in der Formulierung - als Gegner der Arbeiterklasse dargestellt. Total verschleiert wird dagegen die Rolle der

DGB-Führung als Agentur der Kapitalistenklasse und der Regierung in der Arbeiterklasse. So wird in der Erklärung allen Ernstes behauptet, daß sich "die Gewerkschaften" gegen die Lohnleitlinien "wehren", und zwar unter Hinweis auf die DGB-"Zielprojektion" für 71, die Lohnerhöhungen von 10,4 % vorgesehen hatte. Der Verrat der Arbeiter-Forderungen durch die DGB-Führung in den vergangenen Jahren wird in der Erklärung dahingehend verniedlicht, die DGB-Führung habe ihre "Chancen leider ... nicht voll genutzt". Deshalb sollten die Gewerkschaften "gestärkt, ihr Einfluß erweitert werden" durch ein "fortschrittliches BVG" und "eine wirkliche Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten auf allen Ebenen".

Gemäß ihrer zentralen Parole "Stärkt die DKP!" betreibt die DKP-Führung auch in dieser Erklärung eine durch keinen Anflug kommunistischer Bescheidenheit geschmälerte

Selbstbeweihräucherung. Die DKP hat danach 1969/70 als "einzige Partei ... in allen Phasen der Lohn- und Sozialkämpfe ... an der Seite der Arbeiter" gestanden und war "mit ihren Forderungen voll verbunden". "Wer das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und des gesellschaftlichen Fortschritts verändern will, kämpft mit der Deutschen Kommunistischen Partei und stärkt ihre Reihen".

Es wäre ein Irrtum, die DKP-Führung in weitgehender Übereinstimmung mit der DGB-Politik zu sehen. Die DKP-Führung ist durchaus bemüht, die gewerkschaftliche Politik u. a. die Tarifpolitik, ihren eigenen Vorstellungen gemäß zu beeinflussen. Sie tut dies, indem sie die DGB-Politik als "unverständlich" (!) und "inkonsequent" hinstellt bzw. zum Teil ihre eigenen alternativen Vorstellungen einfach als Vorstellungen des DGB ausgibt, die anscheinend bisher nur an der Dummheit und Passivität der Arbeiterklasse gescheitert sind. Gemäß dieser anscheinend für ganz besonders schlaue gehaltenen Taktik empfiehlt die DKP-Führung dem DGB, er solle einen "Meinungsaustausch mit der DKP aufnehmen" (45) und findet es "befremdlich", daß die gutgeheißenen Solidaritätsadressen der DKP während der Metalltarifrunde in der gewerkschaftlichen Presse "völlig totgeschwiegen wurden" (46).

In der Erklärung des DKP-Präsidiums zur Tarifpolitik wurde eine Lohnforderung von 15 % aufgestellt. Diese Forderung wurde mit allerlei Tricks und Kunststückchen aus der DGB-"Zielprojektion" von 10,4 % "errechnet"; d. h. es wurde aus taktischen Gründen so getan, als sei die 15 %-Forderung letzten Endes mit der DGB-"Zielprojektion" identisch.

Die DKP stellte in der Erklärung dann die folgenden weitgehend korrekten Forderungen auf, von denen sie aber listig-dummfrech zugleich behauptete, sie stünden "im Einklang" mit der gewerkschaftlichen Tarifpolitik:

- Keine Unterordnung unter die staatlichen Lohnleitlinien
- Austritt aus der "Konzertierten Aktion"
- Entscheidende Einbeziehung der Betriebe in die Tariffbewegung
- Entwicklung der Tarif-Forderungen in unmittelbarer Konsultation mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpern
- Regionale Führung der Tarifverhandlungen
- Keine Vereinbarungen ohne Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder - Urabstimmung über alle Verhandlungsergebnisse
- Zurückweisung aller Schlichtungsversuche zu Lasten der Arbeiter

Die DKP wollte laut Erklärung darüberhinaus Forderungen unterstützen, wie etwa Vorweganhebung, Aufhebung der unteren Lohngruppen, Prozenttarif für Lehrlinge, 13. Monatseinkommen, tariflicher Bildungsurlaub, Öffnungsklauseln zu Zusatzverträgen in Großbetrieben.

Die DKP gab sich große Mühe, die 15 %-Forderung in der Arbeiterklasse zu verankern und dort, wo sie über den Vertrauensleutkörper Einfluß in den Betrieben hat, entsprechen-

de Forderungen beschließen zu lassen. Das gelang jedoch nur in wenigen Fällen.

Über Forderungen aus den Betrieben berichtete die UZ in großer Aufmachung, wobei z. T. die tatsächlichen Forderungen im Sinne der 15-Prozent-Forderung der DKP umfrisiert wurden. So etwa in einer Überschrift "Hoesch-Arbeiter: 15 %" - die tatsächliche Forderung bei Hoesch war lineare Anhebung des Stundenlohns um 75 Pfennig (47) - oder ähnlich in einer Notiz "Die organisierten Gewerkschafter des Münchner Siemens-Betriebes in der Balan-Straße fordern 15 % mehr Lohn - die IGM-Gewerkschafter bei Siemens-Balanstraße hatten eine lineare (!) Anhebung des Monatslohns um 120,- gefordert (48). Bemerkenswert ist, daß die DKP in diesen Fällen lineare Lohnforderungen im Sinne ihrer eigenen prozentualen 15 %-Forderung verfälscht hat, andererseits aber an anderer Stelle über die aus den Betrieben kommenden Lohnforderungen selbst feststellen muß: "Besonders oft werden lineare Lohnerhöhungen verlangt, da prozentuale Zuschläge die unteren Lohngruppen benachteiligen" (49).



Ankunft der Mannheimer Metaller in Stuttgart

Dieses Beispiel zeigt anschaulich, wie sehr die DKP-Spitze ihren eigenen Partei-Laden über die Arbeiterklasse stellt, Forderungen der Arbeiter frech verfälscht, um dann freudestrahlend die angebliche Übereinstimmung dieser Forderungen mit den zuvor von der DKP aufgestellten festzustellen und sich als "Partei der Arbeiterklasse" vor eigenen Gnaden bestätigt zu sehen.

Es scheint, daß sich die DKP in der MTR 71 um etwas mehr kritische Distanz gegenüber der Gewerkschaftsführung bemüht hat als bei früheren Tarifikämpfen.

Nach Aufstellung der Forderungen durch die Tarifkommissionen berichtete die UZ von "Kritik an Lohnforderungen" aus den Betrieben sowie auch innerhalb der Tarifkommissionen. Die Forderungen der IGM wurden als "zum Teil völlig unzureichend" qualifiziert. Die IGM-Führung habe "Unangebrachte Zurückhaltung" geübt, denn ihre Forderungen reichten nicht einmal, um den Reallohn abzusichern. "Unabhängig von ihrer Kritik an der jetzigen Forde-

runghöhe" trete die DKP aber "für die volle Verwirklichung der Gewerkschaftsforderungen ein. Denn ohne Kampfentschlossenheit in den Betrieben werden die Unternehmer auch diese bescheidene Forderung nicht ohne Abstriche erfüllen ..." (50).

Auch in den Wochen nach Aufstellung der 10 - 11%-Forderungen wurde von der DKP weiter ihre 15%-Forderung propagiert, indem entsprechende Forderungen aus den Betrieben herausgestellt wurden. Der IGM-Führung wurde "defensive Lohnpolitik" vorgeworfen, die "in der Mitgliedschaft nicht gebilligt" werde (51).

Die DKP-Führung war weiterhin bemüht, ihre eigene 15%-Forderung als "Forderung der Metallarbeiter" hinzustellen, und zwar mit einer bemerkenswerten Dreistigkeit. So heißt es z. B. in einem Flugblatt, das die DKP in München verteilen ließ: "10% sind zu wenig ... Die 15%-Forderung entspricht den Zielvorstellungen des DGB! ... Wir als DKP stellen keine Lohnforderung auf, wir sind keine Gewerkschaft! Aber wir unterstützen als Partei der Arbeiterklasse die Forderung der Metallarbeiter für 15% Lohnerrhöhung ..." Oder dieselbe Geschichte in der UZ noch Anfang Oktober, unmittelbar vor Beginn der Verhandlungen: "Metallarbeiter fordern 15% - IGM-Funktionäre: Forderung zu gering" (52). Noch plumper gings wohl nicht?

Ab Mitte Oktober, also nach Beginn der Verhandlungen, wurde die 15%-Propaganda eingestellt. Hervorgehoben wurden nur noch ganz allgemein die wachsende Kampfbereitschaft in den Betrieben und die aggressiven Absichten der Kapitalisten.

Für "wenig verständlich" wurde es erklärt, daß die IGM-Führung die Verhandlungen in den anderen Tarifbezirken - außer Nordbaden/Nordwürttemberg - hinauszögerte und in diesen Bezirken keine Streik-Urabstimmung durchführen ließ: "Urabstimmung in NRW nötig - Kölner Metallarbeiter fordern Kampf" und "Hamburg und Hessen - Metaller für Ausweitung des Streiks". (53)

Zum Tarifabschluß schrieb die UZ: "Mannheimer Streikleiter lehnen Kompromiß einmütig ab", was die Wahrheit nicht so ganz wiedergab, da die Streikleiter, einschließ- lich des DKP-Mitgliedes Jäger (Betriebsrat bei Daimler-Benz) letzten Endes doch für Annahme des Ergebnisses stimmten. (54) Als wäre am Ergebnis noch etwas zu ändern, hieß es in der UZ weiter: "... noch ist die Metall-Lohnrunde nicht abgeschlossen". Mit einer sehr gewundenen und gequälten Formulierung rief die DKP in Mannheim dazu auf, in der Urabstimmung das Ergebnis abzulehnen, dem ihr Mitglied Jäger bereits zugestimmt hatte. Allerdings war in Mannheim die Zustimmung zum Ergebnis eindeutiger als noch 1963. Offensichtlich hatte die DKP dies völlig falsch eingeschätzt - übrigens hatte die KPD in der MTR 1963 dazu aufgerufen, dem Ergebnis in der Urabstimmung zuzustimmen.

Auf das Verhalten der DKP während der Tarifauseinandersetzung in der Stahlindustrie Januar 72 soll hier nicht eingegangen werden, da es mit dem sonstigen Verhalten in der MTR völlig identisch ist.

In einem Artikel "Lohnkampf der Metaller '71" zog die DKP in der UZ die Schlußbilanz (55). Hervorgehoben wurde der Zusammenhang "Weltwährungskrise-Preistreiberei-Kaufkraftschwund" und die "wesentliche Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche und Klassengegensätze". Das Monopolkapital habe eine Machtprobe gewollt mit dem Ziel des Lohnraubs und einer "generellen Schwächung der organisierten Arbeiterbewegung" durch "Untergrabung des seit 1969 unübersehbar gewachsenen Selbstbewußtseins und Kampfwillens der Arbeiterklasse".

Von der SPD/FDP-Regierung wird festgestellt, sie habe die ihr von den Kapitalisten zugedachte Rolle "weitgehend übernommen". Das Verhalten der IGM-Führung wird mit "falscher Rücksichtnahme" auf die ihr verbundene SPD als Regierungspartei erklärt. Die DKP vermag dann allerdings nicht zu begründen, warum die IGM-Führer z. B. auch 1963 gegenüber der CDU/CSU-Regierung (Erhard als politischer Schlichter!) einen faulen Kompromiß eingingen.

Sofort bestellen!

Ein Abonnement - 6 Ausgaben - des ARBEITERKAMPF
- der überregionalen Arbeiterzeitung des
Kommunistischen Bundes - kostet DM 4,80 (incl. Porto)

Zu beziehen über
VERLAG ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Zahlung bitte im Voraus auf das
Postscheckkonto HAMBURG 240 595 J. Reents



Die Kapitalisten haben dieser Erklärung zufolge "ihre Ziele nicht voll erreicht", "das Lohndiktat der Monopole" sei "gebrochen" worden. Der "Versuch, der Arbeiterklasse den Schneid abzukaufen" sei "gescheitert". (Die DKP bedient sich dabei des auch von der IGM-Führung verwendeten Tricks, das Lohndiktat mit 4, 5-6% anzugeben, also als eine besondere Größe gegenüber den Schillerschen Lohnleitlinien von 7-8%. Auf die praktische und theoretische Unsinnigkeit dieser Konstruktion wurde an anderer Stelle ausführlicher eingegangen). Dennoch sei der Abschluß "gerade auf die Kritik der kampfbereitesten Teile der Arbeiter und Angestellten" gestoßen, da er eine Senkung des Reallohns bedeutet.

Zur Entwicklung der spontanen Arbeiterbewegung wird von der DKP eingeschätzt, daß "auch (!) in der Arbeiterschaft in jüngster Zeit eine stärkere Politisierung die früher vorherrschende politische Apathie verdrängt" habe.

Großkapital und CDU/CSU würden weitgehend als Feinde wahrgenommen. Die Hoffnungen der Arbeiter seien auf eine "Entspannungs- und Friedenspolitik" und auf eine "Reformpolitik" gerichtet. Die Rolle der rechten (?) SPD-Führung, die Funktion des Staates und der Regierung werde "erst in Ansätzen erkannt". Schließlich heißt es in der Erklärung noch, daß eine "Annäherung der kämpferischen Teile der Arbeiterschaft an die gesellschaftlichen Grundfragen" stattgefunden habe - was immer die Verfasser unter dieser klangvollen Formulierung verstehen mögen ... Die DKP "vergißt", daß die Arbeiter über die Rolle der SPD keine Klarheit gewinnen können, solange sie noch Illusionen über die mit der SPD eng verbundenen Gewerkschaftsführer haben. Die DKP hat aber nichts getan, diese Illusionen aufzuheben, sondern hat selbst das Verhalten der Gewerkschaftsführer immer wieder ausdrücklich als "unverständlich" und "befremdlich" bezeichnet. Dagegen hat sie die Auseinandersetzung kommunistischer Organisationen und Gruppen mit diesen Gewerkschaftsführern ständig als "antigewerkschaftlich" und "spalterisch" diffamiert.

In der Erklärung werden selbstkritisch die folgenden Punkte hervorgehoben:

- Die Unterstützungsmaßnahmen und Aktionen der DKP zur MTR seien "ungenügend" gewesen.
- Die Kampferfahrungen der internationalen wie auch der westdeutschen Arbeiterbewegung müßten stärker propagiert werden.
- Über die Funktion der rechten SPD-Führung sei nicht genügende Klarheit geschaffen worden.

- Einzelne DKP-Mitglieder hätten gelegentlich "unkonsequente Mehrheitsentscheidungen der IGM zugestimmt, "ohne die eigene Position deutlich zu machen (damit dürfte u. a. das DKP-Mitglied Jäger in Mannheim gemeint sein, der als Mitglied der Tariffkommission dem Abschluß zustimmte).

Die DKP gab sich in der MTR große Mühe, durch hohe Forderung und spektakulären Einsatz für die streikenden Metaller (so forderten z. B. die DKP-Stadträte in Mannheim und Stuttgart den Nulltarif für Streikende) ihrem zentralen Ziel zu dienen, d. h. der Stärkung der DKP. Hierbei setzte sie sich geradezu zwangsläufig mehr als in früheren Jahren in gelinden Gegensatz zur Gewerkschaftsführung. Sie übte jedoch keine systematische Kritik zur Rolle der Gewerkschaftsführung als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, sondern reflektierte bestenfalls den Bewußtseinsstand der fortschrittlichen Arbeiter, sofern sie nicht hinter diesen zurückblieb. Bezeichnend ist, daß die DKP gerade in ihrer zentralen Propaganda durch die UZ nur sehr selten selbst Stellung nahm, sondern sich in der Regel hinter den fortschrittlichen Arbeitern versteckte, die diese oder jene Forderung aufgestellt, Kritik angemeldet hätten usw. Es ist daher kein Wunder, daß einzelne Mitglieder der DKP noch über das gewünschte Maß an Opportunismus hinausgingen und bisweilen zu Entscheidungen kamen, die den Vorstellungen der DKP-Führung von einem "taktisch richtigen" Opportunismus nicht entsprachen (z. B. Jäger). Eine Partei, die in ihrer zentralen Zeitung eine solche Feigheit im politisch-ideologischen Kampf an den Tag legt, muß super-opportunistische Alleingänge ihrer Mitglieder in Kauf nehmen.

Die Aufstellung der zentralen Parole "Stärkt die DKP" ist gleichermaßen Ausdruck wie Voraussetzung einer zutiefst unehrlichen und sektiererischen Politik. Sie bringt zum Ausdruck, daß die DKP sich als Partei über die Arbeiterklasse stellt. Immer wieder wird zum Mittel der Fälschung gegriffen, um die angebliche Übereinstimmung der Arbeiterforderungen mit den von der DKP-Führung vorformulierten Forderungen zu "beweisen". Durch eine maximalistische Politik (Aufstellung möglichst hoher Forderungen) hofft die DKP-Führung, eine Massenbasis zu gewinnen und sich als "Partei der Arbeiterklasse" zu empfehlen. Offensichtlich wollen die Revisionisten diese idiotische Taktik in diesem Jahr auf die Spitze treiben, denn schon verkündet die UZ: "Lohnrückstand! 1972 sind 16 Prozent nötig!" (56).

IMPRESSUM

Druck und Verlag : Jürgen Reents
VERLAG ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Postanschrift : J. Welsch
2 Hamburg 39
Alsterdorfer Str. 275 c

Auflage : 6000

Verantwortlicher Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse

EIN ZWEITES 1963

Der Verlauf der MTR 71 und das Verhalten der einzelnen Beteiligten weist bemerkenswerte Parallelen zur MTR 63 auf.

Schon zu Anfang 63 hatte der damalige BDI-Vorsitzende ein "Stabilisierungsprogramm" vorgeschlagen (Lohnstop, keine Verkürzung der Arbeitszeit) und Herbert van Hüllen, Vorsitzender von Gesamtmetall, forderte eine "Lohnpause" (57).

Schon im Juli 62 hatte sich Gesamtmetall auf folgendes Vorgehen in der MTR 63 geeinigt:

- Einheitliche Kündigung der Tarifverträge
- Zentrale Verhandlungsführung
- Provokatorische Verhandlungstaktik ("Nullangebot")
- Lohnraub
- Aussperrung bei Streik
- Gemeinsame Aktion mit der CDU/CSU-Regierung
- Starke propagandistische Beeinflussung der Bevölkerung durch Presse und Funk, auch mit Hilfe der Regierung.

Am 28. Februar 63 wurden die Tarifverträge kündbar. Die IGM verzichtete "aus taktischen Gründen" auf die fristgemäße Kündigung und setzte sie um einen vollen Monat aus. In den ersten Verhandlungen provozierten die Metall-Kapitalisten mit einem "Null-Angebot" und boten schließlich 3,5% ab 1. Mai 63.

Was Bleicher damals erklärte, könnte ebensogut in der MTR 71 gesagt sein und wurde sinngemäß tatsächlich wiederholt gesagt: "Die unnachgiebige Haltung von Gesamtmetall ... hat uns einen schweren Kampf aufgezwungen ... Unter schweren Bedenken sind wir, um einen Konflikt zu vermeiden, Gesamtmetall so weit entgegengekommen, daß unsere eigenen Kolleginnen und Kollegen begannen, unruhig zu werden ..." (58).

1971 las es sich so: "Wir haben einen Arbeitskampf nie gesucht, wollen dies auch nicht für die Lohnbewegung des Jahres 1971" (59). "Allein die unnachgiebige ... Haltung von Gesamtmetall hat uns einen schweren Kampf aufgezwungen" (60) und "Wir sind bis an den Rand des Möglichen gegangen, bis an den Rand dessen, was unsere Mitglieder noch hingenommen hätten" (61)

Nach dem Scheitern der Verhandlungen wurde am 18. April in Baden-Württemberg (87, 3% JA) und am 24. April in Nordrheinwestfalen (83, 6% JA) über die Durchführung des Streiks abgestimmt.

Für den 25. April (eine Woche nach der Urabstimmung) war für Mannheim der Streikbeginn angesetzt. Dieser Beschluß wurde in letzter Minute aufgehoben; Die am 24. April verteilten Flugblätter enthalten keinen Streik-Auf-

ruf. Dieses Vorgehen der IGM-Führung ruft unter den Mannheimer Metallern Empörung hervor. Delegationen aus den Betrieben marschieren zum Gewerkschaftshaus, um zu protestieren und ihre Vorstellungen der IGM-Führung darzulegen. Auf diesen Druck hin setzt die IGM-Führung den Streikbeginn für den 29. April an. Gestreikt wird auch damals schon nach der "Schwerpunktstreik-Taktik". Nur 140 000 Metaller aus 500 Betrieben werden in den baden-württembergischen Streik einbezogen. Der Vorstand des Verbandes württembergisch-badischer Metallindustrieller beschließt für den 1. Mai die Aussperrung in Nordbaden/Nordwürttemberg; in Südwürttemberg-Hohenzollern soll die Aussperrung erst am 4. Mai beginnen.

Wie in der MTR 71 vermied es die IGM-Spitze auch 63, die Tarifbezirke einheitlich in den Kampf zu führen. Während in Nordbaden-Nordwürttemberg gestreikt wird, legt die IGM-Spitze mit Kapital und Regierung ein zentrales Vermittlungsgespräch für den 6. Mai fest. Bis dahin werden die Verhandlungen in den anderen Tarifbezirken unterbrochen. Der IGM-Vorstand setzt den in Nordrheinwestfalen bereits beschlossenen Streikbeginn bis nach dem 6. Mai aus.

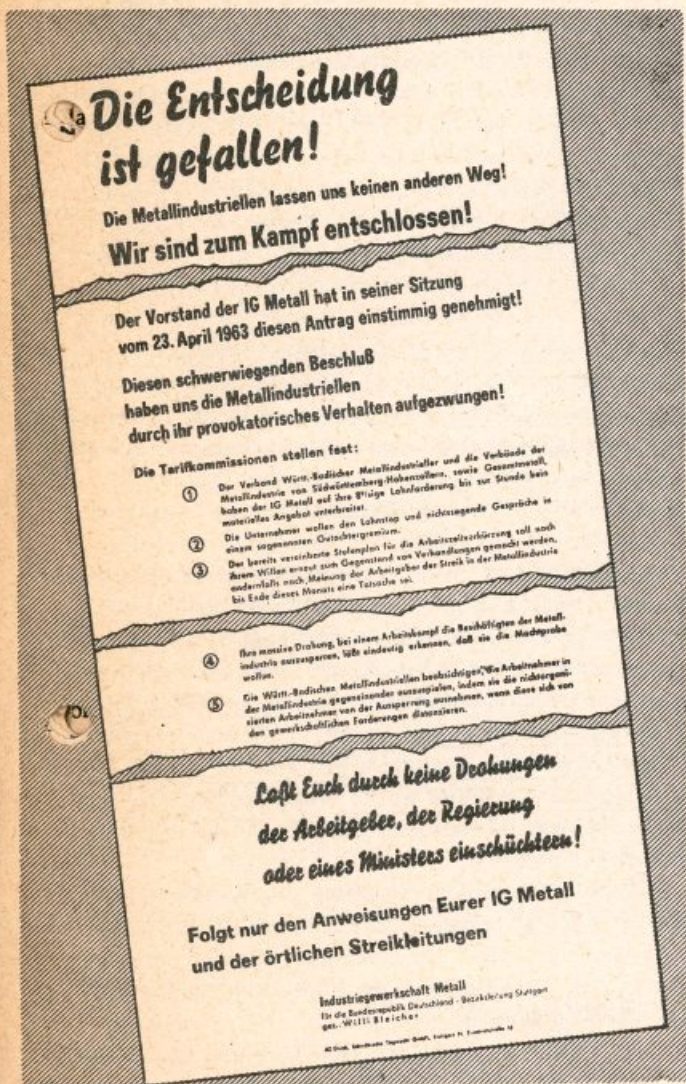
Am 6. Mai kommt unter Vermittlung des CDU/CSU-Wirtschaftsministers Erhardt ein Tarifabkommen zustande: Rückwirkend ab 1. April 63 werden 5% mehr Lohn gezahlt, ab 1. April sollen nochmal 2% dazu kommen. Die Laufzeit soll bis zum 30. September 64 gehen, also 18 Monate (bzw. 19 Monate, wenn man vom Zeitpunkt der Kündbarkeit des alten Abkommens - Ende Februar 63 - ausgeht). Es ergibt sich insgesamt ein Abkommen, das unterhalt von 4% liegt, umgerechnet auf die außergewöhnlich lange Laufzeit.

Triumphierend verkündete die IGM-Spitze nach dem Abschluß: "Es war der härteste, von den Unternehmern gewollte und in der brutalsten Form geführte Arbeitskampf der letzten vierzig Jahre (?) in unserem Lande ... Die im Kampf stehenden Kolleginnen und Kollegen beugten sich nicht und wurden in ihrem Wollen, die Absichten der Unternehmer zu durchkreuzen, von Tag zu Tag stärker in der Solidarität ... Wir sind stärker aus diesem Kampf hervorgegangen, darum haben wir gesiegt ..." (62)

Die politische Bedeutung des Streiks wurde immer wieder hervorgehoben und ein kühner Vergleich zur faschistischen Machtergreifung 33 gezogen: "Die Aussperrung bekundete den Willen des Unternehmertums - oder genauer gesagt: die Entschlossenheit seiner führenden Kreise - rückgängig zu machen und aufzuheben, was die Gewerkschaften bisher am sozialen Fortschritt durchzusetzen vermocht hatten. Aber, anders als am 2. Mai 1933 (an jenem Tage ließen die Faschisten die Gewerkschaften auflösen!) ging der Schlag daneben und er wird die entgegengesetzten innenpolitischen Auswirkungen haben ..." (63).

Was zeigt der Vergleich 71 - 63? Nicht nur rollte zwischen

Metallkapitalisten und IGM-Spitze in der MTR 71 ein Spiel mit verteilten Rollen ab, sondern dieses Spiel war nichts weiter als eine Wiederholung der Manöver von 1963: Die Kapitalisten bereiten sich langfristig auf die Tarifrunde vor. Sie treten den Arbeitern mit einer zentralen Propaganda-Kampagne ("Lohn-Preis-Spirale", Gespenst der Arbeitslosigkeit etc) entgegen. Sie treten mit provokatorischen Mini-"Angeboten" auf und verschleppen die Verhandlungen. Auf der anderen Seite betont die IGM-Spitze ihre Dienstfertigkeit, bis an die Grenze der Geduld der Metallarbeiter, und jammert, wie gern sie einen Streik vermieden hätte. Gleichzeitig läßt sie, soweit erforderlich, von Zeit zu Zeit mit dem Säbel rasseln und trägt Kampfbereitschaft zur Schau. Sie beschränkt den Kampf auf einen einzigen Tarifbezirk und sabotiert den Kampf in den anderen Tarifbezirken, um die volle Kampfbereitschaft der Arbeiter nicht zum Tragen kommen zu lassen. Die IGM-Spitze legt schließlich mit den Metallkapitalisten einen faulen "Kompromiß" fest, den sie als "politischen Erfolg" feiert.



IGM-Flugblatt 63

Die Parallelität 63 - 71 ist auch wichtig für die Einschätzung der Bedeutung der MTR 71 auf das Bewußtsein der Arbeiterklasse. Es ist eine naive Illusion einiger Genossen, für die die Geschichte der Arbeiterbewegung erst mit ihrem eigenen Auftreten in der Studentenrevolte 67/68 beginnt und die die realen Erfahrungen der Arbeiterbewegung ignorieren, im nur-ökonomistischen Kämpfen den Sozialdemokratismus "entlarven" zu wollen.

Am 8. Mai veröffentlichte der Freiheitssender 904 eine Erklärung des Zentralkomitees der KPD. Darin hieß es u. a.:

1. Die volle Durchsetzung der Lohnforderungen wäre im Kampf, vor allem durch die Ausweitung der Streikfront auf Nordrhein-Westfalen und durch die Verstärkung der gewerkschaftlichen Solidarität, durchaus möglich gewesen. Andererseits aber müsse jetzt entsprechend der Empfehlung des Vorstandes der IG Metall, im Interesse der Erhaltung der im Kampf erreichten Einheit, das Teilergebnis, wie es bei den Verhandlungen erreicht sei, angenommen werden.
2. Der Streik und die Abwehr der Aussperrung waren ein erster großer Kampf gegen die Rüstungs- und Profitpolitik der aggressivsten und reaktionärsten Monopole. Die Angriffe des Unternehmerverbandes wurden abgewehrt und die großen Metallindustriellen zum Nachgeben gezwungen. Das Märchen von der Sozialpartnerschaft sei widerlegt und die Konzernherren als Feinde des ganzen Volkes entlarvt worden. Die IG Metall im DGB wurde durch diesen Kampf nicht geschwächt, sondern ging im Gegenteil aus ihm gestärkt hervor.
3. Der einheitliche Kampf der Metallarbeiter, ohne Unterschied der politischen und weltanschaulichen Auffassungen und Richtungen, zeige den Weg, auf dem alle reaktionären Anschläge auf die Arbeiterklasse zurückgewiesen und verhindert werden könnten. Die sich in diesem Kampf herausgebildete Einheit der Arbeiterklasse müsse erhalten und gefestigt werden. Dazu trage die einheitliche Annahme des Vorschlages des Vorstandes der IG Metall in den Urabstimmungen bei. Das Zentralkomitee der KPD forderte dazu auf, bei den Urabstimmungen in beiden Ländern mit Ja zu stimmen.

KPD-Erklärung 63

Die Arbeiterklasse ist von der SPD und von den Gewerkschaftsführern immer wieder enttäuscht und verraten worden. Letzten Endes sind die SPD/DGB-Führer mit dieser Enttäuschung auch immer wieder fertig geworden. Die Enttäuschung bleibt folgenlos. Dabei ist schließlich auch zu berücksichtigen, daß die Arbeiterklasse von den Kommunisten(bzw. jenen, die sich so nannten und nennen) kaum weniger enttäuscht worden ist als von den Sozialdemokraten. Das Ergebnis ist ein allgemeines Mißtrauen, in dem die "neuen" Erfahrungen der MTR 71 keine wesentlich neue Qualität schaffen werden.

Es ist nicht so, daß sich der Bruch der Arbeiterklasse mit dem Sozialdemokratismus als Summe der Erfahrungen mit dem Verrat der SPD/DGB-Führer im Lohnkampf ergeben würde. Wäre das etwa so, so müßte dieser Bruch schon längst eingetreten sein, denn oft genug sind diese Erfahrungen gemacht worden. Wir sehen, trotz Septemberstreiks 69, in der MTR 71 kein wesentlich neues Verhalten der Metallarbeiter gegenüber 1963. Auch diejenigen Gruppen, die im Zusammenhang mit der MTR 71 von wachsender Kampfbereitschaft der Arbeiter reden (z. B. KB Bremen) haben bisher diese These nicht konkretisiert.

RATTENFÄNGER

Wir drucken im folgenden zwei Papiere der in Hamburg und Umgebung operierenden neo-faschistischen "Aktion Neue Rechte" (ANR) ab - eine "Grundsatzerklärung" und ein Flugblatt zum 1. Mai - weil wir sie für ein bemerkenswertes Beispiel faschistischer Demagogie in der aktuellen Situation halten.

Die ANR hat - zumindest objektiv - nur die Funktion einer Test-Station. Die Bourgeoisie bastelt an einer neuen Ideologie, die sie in verschiedenen Varianten und Abstufungen der wachsenden Unzufriedenheit vieler Menschen, besonders in der Jugend, mit den kapitalistischen Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen entgegensetzen will. Dabei kommt auch dem offenkundigen Rückgriff auf Bestandteile der "traditionellen" faschistischen Ideologie steigende Bedeutung zu.

In seinem Buch "Mein Kampf" schreibt Hitler zur Bedeutung der bürgerlichen Ideologie: "Jeder Versuch, eine Weltanschauung mit Machtmitteln zu bekämpfen, scheitert am Ende, solange nicht der Kampf die Form des Angriffs für eine neue geistige Einstellung erhält. Nur im Ringen zweier Weltanschauungen miteinander vermag die Waffe der brutalen Gewalt, beharrlich und rücksichtslos eingesetzt, die Entscheidung für die von ihr unterstützte Seite herbeizuführen (S. 189) Was wollte man den Massen geben, wenn, angenommen, die Sozialdemokratie gebrochen wäre? ..." (S. 190). -

Hitler betonte ausgehend hiervon die Notwendigkeit "einer grundsätzlichen, dem Marxismus entgegengesetzten neuen Weltanschauung von stürmischem Eroberungswillen" (S. 190).

Heute, da die Ideologie der "Sozialpartnerschaft" bereits erheblich angeschlagen ist, erinnern sich die Kapitalisten verstärkt an derartige "Weisheiten". Otto A. Friedrich, einer der einflußreichsten Führer der BRD-Kapitalistenverbände, meinte am 10. Januar 71: "Wir brauchen das politische offensive Gegenprogramm der vernünftigen Gesellschaft und der soliden Reform" gegen den Sozialismus. - Und der Vorsitzende der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH empfahl am 9. Juli 71 den Kapitalisten, sie sollten ihre Anstrengungen verstärken, "der Weltanschauung des dialektischen Materialismus ein ebenso geschlossenes, in sich widerspruchsfreies System der menschlichen und wirtschaftlichen Wertvorstellungen der Marktwirtschaft herauszustellen, um dem Gespenst der Diktatur (des Proletariats!) die abendländische Idee der personalen Freiheit gegenüberzustellen" (vgl. dazu ARBEITERKAMPF Nr. 18/ Mai 72, S. 8 - 10).

Die ANR ist eine offen neo-faschistische Gruppierung, die sich (ähnlich wie vor einigen Jahren die "Unabhängige Arbeiterpartei"/UAP) gezielt an die Arbeiter wendet, indem sie ihre Flugblätter gezielt vor Betrieben verteilen läßt und kräftig in sozialer Demagogie macht. Sie stellt unter den vielfältigen ideologischen Bemühungen und Experimenten gegenwärtig nur eine Randerscheinung dar. Sie bietet aber Ansätze, bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe ihrer Tendenz nach zu einer politisch-ideologischen Reserve der imperialistischen Kapitalistenklasse zu werden.

Der ideologische Salat der ANR läßt sich auf drei Hauptbestandteile zurückführen: nämlich die faschistische Ideologie und Programmatik der NSDAP, die Europa-Konzeption von Strauß & Co. und schließlich hemmungslose soziale Demagogie, die in einem arbeiterfeindlichen, anti-gewerkschaftlichen und antikommunistischen Zielzusammenhang verwendet wird.

Das Hauptschlagwort der ANR heißt "Europäischer Sozialismus". Es ist eine Kreuzung zwischen dem "Deutschen Sozialismus" der NSDAP und den Vorstellungen der Strauß & Co. über ein "Vereinigtes Europa" unter Vorherrschaft des BRD-Imperialismus.

Die Phrasen über den Inhalt des "Europäischen Sozialismus", nämlich "Primat der Politik über das Kapital", "neue Wertschätzung der Arbeit", "Solidarität der Menschen in der Gemeinschaft (die "Volksgemeinschaft" der Nazis!), "Leistungsgemeinschaft" sind identisch mit den entsprechenden Nazi-Parolen der NSDAP. Hierzu zwei Zitate: "Nationalsozialismus bedeutet also nicht Zerstörung von Hab und Gut, von Eigentum und Besitz, sondern ihre Begründung und sittliche Verankerung im Begriff der Dienstleistung an der Allgemeinheit ... Bedeutet nicht Diktatur einer künstlich (!) gruppierten Bevölkerungsschicht oder Berufsgruppe über die andern, sondern organische Einfügung aller Volksgenossen in die Arbeitsgemeinschaft nach leistungswertiger Staffelordnung. Bedeutet Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, Veredelung, Erhebung derselben zum berechtigten Teilhaber und verpflichteten Mithelfer am Wertgewinnungsvorgang" (Hans Bucher, Abbruch der Wirtschaftsdemokratie, in: Nationalsozialistische Monatshefte, Heft 10, Januar 1931). - "Das Recht auf Arbeit zwingt die Wirtschaft, nach den Grundsätzen der Sittlichkeit, des Sozialismus (!), aber auch nach den Grundsätzen wahrer Wirtschaftlichkeit, mit dem Ziel steigenden Wohlstands des Volkes zu verfahren ... So kehrt es die kapitalistische Gesellschaftsordnung um. Nicht mehr das Kapital bestimmt, sondern die Arbeit ... Anstelle einer durch das Kapital gelenkten Wirtschaft tritt eine Wirtschaft, die durch die Arbeit bestimmt ist ..." (Bernhard Köhler, Das Recht auf Arbeit, in: Nationalsozialistische Monatshefte, Heft 28, Juli 1932)

Die ANR gibt sich antikommunistisch und antikapitalistisch zugleich. Aber sie propagiert die "wirtschaftliche Freiheit für den einzelnen, Sicherung der unternehmerischen Initiative". - "Das Eigentum an Produktionsmitteln anonymen Großkonzernen ist nicht unantastbar", fordert die ANR. Nun, das steht sogar im BRD-Grundgesetz. Da war sogar die NSDAP noch "anti-kapitalistischer"

Die ANR gibt sich "antiimperialistisch", aber sie propagiert die "Nation Europa als Großmacht in gleichberechtigtem Bündnis mit den USA". Die ANR jammert über die "unterdrückten Völker des Ostblocks" und redet von "Solidarität aller unterdrückten Völker". Aber auf ihren Plakaten zeigt sie Deutschland "in den Grenzen von 1937", propagiert also die Vertreibung hunderttausend polnischer Arbeiter und Bauern aus jenen Gebieten östlich der Oder-Neiße, die ihnen zur Heimal geworden sind. Die ANR

ist in ihrer Europa-Programmatik identisch mit den imperialistischen Ideologen Strauß und Guttentag (vgl. hierzu Einleitung zur "Osthandel"-Sondernummer von UNSER WEG).

Das sind die fatalen Widersprüche, die sich ergeben aus der doppelten Aufgabenstellung der ANR: einerseits dem Kapital zu dienen, andererseits Teilen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse Sand in die Augen streuen zu wollen.

Besondere Beachtung verdient das hier abgedruckte ANR-Flugblatt zum 1. Mai. Unter pseudo-radikalen Parolen und Kritik an der "Lassheit" der Gewerkschaften wird der Hauptstoß gegen die Sowjetunion, gegen die Ostverträge geführt. Die ANR bedient sich hierzu teilweise richtiger

Feststellungen ("Neue Absatzmärkte zu erschließen, um so den Profit der Kapitalistenklasse zu vergrößern"), teilweise aber auch der antikommunistischen Demagogie super-"linker" Gruppen und Grüppchen gegen die Ostverträge. (Roter Morgen: "Bonn und Moskau verschachern die Interessen des deutschen Volkes"). Hier gibt es gewisse Berührungspunkte zwischen den Super-"Linken" und den offenen Faschisten. Berührungspunkte, deren gemeinsame Grundlage die Klassenlage des Kleinbürgertums ist - mit seiner Neigung zur politisch-ideologischen und praktischen Unbeständigkeit, zur Feindschaft gegen die Arbeiterklasse bei gleichzeitiger Opposition gegen die Bourgeoisie, zum Abenteuerertum und Herumlärmen.

I. MAI - "ARBEIT GEHT VOR KAPITAL"

Kolleginnen und Kollegen !

Der 1. Mai ist der internationale Kampftag der Werktätigen für soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung, Mitbesitz, gegen die Konzentrierung des Großkapitals. Dieser Tag sollte aber auch gleichzeitig den Willen der Völker für Frieden und Freiheit demonstrieren. Deshalb macht Front gegen die freiheitsfeindlichen Regime unter Führung Moskaus.

Wie aber sieht der 1. Mai bei uns in der BRD aus? Die Führungen von DGB und SPD sind in den vergangenen Jahren immer weiter von den berechtigten Forderungen der Werktätigen abgerückt. Sie geben dem 1. Mai keinen kämpferischen Geist mehr, sondern haben ihn zum Jubeltag ihrer sozialkapitalistischen Ziele gemacht. Ihre Strategie heißt: Weg von der Straße - rein in geschlossene Säle. Maikundgebungen, wie diese hier in Bergedorf, werden nur aufgrund der energischen Forderungen der Arbeiterschaft durchgeführt.

"Für eine bessere Welt" ist die diesjährige, scheinheilige Parole des DGB. Jene "bessere Welt" soll nach DGB-Meinung beispielsweise durch die Ratifizierung der Ostverträge geschaffen werden. Diese Ostverträge richten sich jedoch gegen die Interessen der Arbeiterschaft in Ost und West. Unter dem Vorwand, damit den Frieden zu sichern, wurden die Verträge mit den arbeiterfeindlichen Sowjetimperialisten "ausgehandelt". Doch der Friedenswille der Völker dient nur der Verschleierung der wahren Absichten der Regierung im Bündnis mit dem Großkapital: Neue Absatzmärkte zu erschließen, um so den Profit der Kapitalistenklasse zu vergrößern. Gleichzeitig wird die materialistische Volksausbeutung im sowjetischen Imperium vertraglich anerkannt. Das ist nun die "friedliche Koexistenz"-gegenseitige Stützung der Systeme, um die Ausbeutung ungestört fortsetzen zu können!

Deshalb: VEREINT GEGEN JEDE FORM DES IMPERIALISMUS UND DER MATERIELLEN AUSBEUTUNG !

Wir fordern :

- 0 - FREIHEITLICHE DEMOKRATIE**
- 0 - EUROPÄISCHER SOZIALISMUS**
- 0 - DEUTSCHE REVOLUTION**

Gemeinsam sind wir stark! Verstärkt die nationalrevolutionäre demokratische Basis der Volkssozialisten in den Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Hochschulen.

ORGANISIERT EUCH!

ANR

verantwortlich: ANR-Basisgruppe Bergedorf - 2050 HH 80 - Postf.800232
(Referat für Öffentlichkeitsarbeit: G. Gerhard)

Druck: - Eigendruck -

AKTION NEUE RECHTE

Grundsatzerklärung

Neue Kräfte stehen in Europa auf. Im Ostblock fordern die unterdrückten Völker Freiheit. In Westeuropa wird um ein echtes Selbstbestimmungsrecht gerungen.

Im geteilten Deutschland wächst die Protestbewegung gegen die Selbstaufgabe der in Jahrhunderten gewachsenen deutschen Nation.

Überwindung der nationalen Zerrissenheit bedeutet zugleich Neugestaltung der sozialen Ordnung.

Die ANR ist der Zusammenschluß der politischen Kräfte in Deutschland, die die Durchsetzung dieser Ziele als ihre unabdingbare Pflicht erkannt haben.

1. Das 20. Jahrhundert, das technische Zeitalter, stellt uns vor Aufgaben völlig neuer Art. Altkommunisten und Neomarxisten sind nicht in der Lage, die gesellschaftspolitischen Probleme zu lösen. Die bürgerlichen Konservativen beschränken sich auf oberflächliche Reaktion. Die wissenschaftlich technische Revolution erfordert daher eine Bewegung neuen Typs: den Europäischen Sozialismus.

2. Die Menschen in Europa wollen eine NEUE ORDNUNG persönlicher Freiheit, menschlicher Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und nationaler Selbstbestimmung. Dies kann nur durch die moderne Bewegung des Europäischen Sozialismus verwirklicht werden.

3. Der Europäische Sozialismus ist antimarxistisch. Er ist der Überwinder des Marxismus. Er bekämpft den lebensfeindlichen Kommunismus, der die Menschen knechtet und die Völker versklavt. Der Europäische Sozialismus beruht auf dem natürlichen Wesen des Menschen und ist daher lebensrichtig. Europäischer Sozialismus heißt Primat der Politik über das Kapital. Das bedeutet Absage an den Kapitalismus als Herrschaft des Kapitals über die Politik. Europäischer Sozialismus ist die Voraussetzung dafür, daß der in freien Wahlen geäußerte Volkswille tatsächlich in politische Entscheidungen umgesetzt werden kann.

4. Europäischer Sozialismus bedeutet: eine neue Wertschätzung der Arbeit. Arbeit geht vor Kapital. Europäischer Sozialismus ist — im Gegensatz zum bürokratischen Kommunismus — Solidarität der Menschen in der Gemeinschaft und das Recht der Selbstorganisation der Arbeitenden. Die Wirtschaft dient dem Volk. Das Eigentum an Produktionsmitteln anonymen Großkonzerne ist nicht unantastbar. Die Konzentrationsprozesse zugunsten der internationalen Hochfinanz müssen unterbunden werden. Private, genossenschaftliche und staatliche Initiative müssen nebeneinander bestehen und miteinander den Fortschritt der Nation fördern. Diese Forderung ist revolutionär in einer Zeit, in der die Städte vergiftet und von Autolawinen verstopft, die Gewässer verseucht, die Landschaft in Müllhalden verwandelt und unkontrolliert zersiedelt, Millionen von Menschen als Fremdarbeiter ent wurzelt und vom internationalen Kapital hin- und hergeschoben, Milliardenbeträge durch Bodenspekulationen dem Volk entzogen werden. Nur unter den Perspektiven des Europäischen Sozialismus und mit modernsten technologischen Mitteln läßt sich die Umweltkatastrophe der nahen Zukunft abwenden: Gemeinschaftsinteresse muß vor Einzelinteresse gehen.

5. Die neue europäische Sozialordnung hat das Ziel, eine Leistungsgemeinschaft zu schaffen. Leistungsgemeinschaft bedeutet, daß der soziale Rang des einzelnen allein von seiner persönlichen Qualifikation, vom Wert seiner Leistung abhängen soll.

- Gleichheit der Chancen für alle, die durch eine moderne Bildungspolitik zu sichern ist,
 - soziale Mobilität, Aufstieg für den Tüchtigen,
 - wirtschaftliche Freiheit für den einzelnen, Sicherung der unternehmerischen Initiative, ohne die dynamische Wirtschaft nicht möglich ist.
- Europäischer Sozialismus ist Solidarität. Solidarität insbesondere mit den wirtschaftlichen Schwachen, die — entgegen ihrer Bedeutung

für die Nation — im gegenwärtigen System benachteiligt werden: mit Lehrlingen, Bauern, Frauen, Alten.

6. Solidarität in der Gemeinschaft der Schaffenden — das ist zugleich der moderne Nationalismus. Der Marxismus begegnet dem Nationalismus mit Feindschaft, die bürgerlich-liberale Mitte mit opportunistischer Ablehnung, die bürgerlich-konservative Rechte mit Unverständnis. Der Nationalismus ist überall in der Welt die Grundströmung unserer Zeit! Nationalismus ist politischer Fortschritt!

Moderner Nationalismus ist antiimperialistisch.

7. Moderner Nationalismus in Deutschland ist Befreiungspolitik. Gegen die Nutznießer von 1945, gegen die Spalter und Bürokraten setzen wir die Politik der Neuvereinigung Deutschlands. Neuvereinigung Deutschlands bedeutet Kampf gegen den Status quo, Kampf gegen die Kleinstaaterei und die Zementierung irrsinniger Grenzen. Das System von Jalta, das System des

Mauermords, der territorialen Zerstückelung und der Fremdherrschaft muß verschwinden zusammen mit allen, die es heute zu rechtfertigen versuchen. Die Lösung der nationalen Frage in Deutschland ist nicht zu trennen vom Kampf gegen den Sowjetimperialismus. Der Kapitulationspolitik der Verträge von Moskau und Warschau setzen wir die Solidarität aller unterdrückten Völker entgegen. Die Aufstände in Mitteldeutschland 1953, Polen und Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968, Danzig 1970, die permanente Unruhe im Baltikum, in der Ukraine, in Kroatien sind Ausdruck ein- und derselben Kraft: Befreiungsnationalismus der europäischen Völker. Wir erklären uns solidarisch.

8. Moderner Nationalismus kennt also keinen verengten Horizont, sondern eine Öffnung nach vorn: Unser Ziel ist die Nation Europa als politische Einheit. Grundlage des modernen Europa können nicht die verknöcherten Kleinstaatensysteme mit ihren Egoismen und Grenzen sein, nicht das bürgerliche Europa der Bankiers und Ausschüsse. Das Europa des Europäischen Sozialismus ist das Europa der Völker. Die Nation Europa als Großmacht in gleichberechtigtem Bündnis mit den USA ist der einzige Schutz gegen den Imperialismus der aggressiven, friedensfeindlichen Sowjetunion. Nur der Wirtschaftsgroßraum Europa hat die Chance, die wissenschaftlich technische Revolution mit allen ihren Folgen zu bewältigen.

9. Europäischer Sozialismus und Befreiungsnationalismus lassen sich nur verwirklichen auf der Basis einer freiheitlichen Demokratie. Darum erfordert ihre Durchsetzung den Kampf gegen alle Umerzieher, gegen alle Konzepte einer Erziehungsdiktatur, gegen die rote Vorherrschaft in Massenmedien und Gewerkschaftsbükratie. Nicht minder gilt der Kampf all denen, die ihre wirtschaftliche Macht zur Verblägung und Manipulation des Volkswillens einsetzen. Alle Macht gehört dem Volk.

10. Die notwendigen Veränderungen können nur durch den Aufbruch neuer politischer Kräfte erzwungen werden. Die Jugend Europas wird sich mit kommunistischer Tyrannei und bürgerlich-reaktionärer Erstarrung nicht abfinden.

Wir fordern:

**Freiheit und Solidarität der Menschen
Europäischer Sozialismus!**

**Freiheit und Solidarität der Völker!
Europäischer Befreiungsnationalismus!**

Aktion NEUE RECHTE — Nationalismus Nation Europa Sozialismus —
208 Pinneberg, Postfach 1442 (Ekkehard Gentz)

Verantwortlich: Ekkehard Gentz, 208 Pinneberg, Postfach 1442

Zur Diskussion im KOMMUNISTISCHEN BUND

Seit einigen Monaten findet im Kommunistischen Bund eine Diskussion grundsätzlicher Art statt, die durch eine Kritik eines Bereichs der Hamburger Organisation an Mängeln in der politisch-organisatorischen Leitungstätigkeit ausgelöst wurde. Diese Kritik gab den Anstoß, unsere bisherige Arbeit auf diesem Gebiet einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Die Diskussion ist bei weitem nicht abgeschlossen, hat aber inzwischen einen Punkt erreicht, an dem es sinnvoll wurde, Inhalte und die bisher erzielten Resultate - in einem Bericht verarbeitet - zu veröffentlichen. Denn eine Reihe der hier angesprochenen Fragen stehen nach unserer Kenntnis der Dinge für einige andere kommunistische Organisationen in dieser oder ähnlicher Form ebenfalls auf der Tagesordnung.

Kritik an der Leitung

In der Vergangenheit haben SALZ und KAB in einem längeren Prozeß der Zusammenarbeit und Auseinandersetzung zu einigen zentralen Fragen der kommunistischen Bewegung ihre Standpunkte erarbeitet. Wir verweisen hier auf unsere Presse. Auch haben wir zur kommunistischen Programmatik in den letzten beiden Nummern dieser Zeitschrift einige Beiträge veröffentlicht. Ebenfalls konnten wir in unserer politisch-praktischen Arbeit gewisse Fortschritte machen.

Gemessen an den Anforderungen, die in der Zukunft vor den westdeutschen Kommunisten stehen, sind die Ergebnisse unserer Arbeit sehr dürftig. Das ist aufgrund des niedrigen Standes der kommunistischen Bewegung in der BRD auch nicht verwunderlich. Die Erstellung der Programmatik der westdeutschen Kommunisten, die Gewinnung der fortgeschrittenen Arbeiter, das sind Aufgaben, die die Kräfte eines Zirkels übersteigen und die nur in der zu entwickelnden Auseinandersetzung und Zusammenarbeit der kommunistischen Zirkel zu bewältigen sind und an deren Ende die Kommunistische Partei zu stehen hat.

Die hauptsächlichen Mängel liegen jedoch derzeit im Kommunistischen Bund im Bereich der politisch-praktischen Anleitung der Arbeit. An diesem Punkt setzte die Kritik unserer Genossen auch an.

Bekanntlich hat die politisch-organisatorische Leitung die Aufgabe, die Ergebnisse der politisch-theoretischen Arbeit, die in der politischen Zeitung - bei uns der ARBEITERKAMPF - hauptsächlich ihren Niederschlag findet, in der politisch-praktischen Arbeit der gesamten Organisation umzusetzen, kurz, der politisch-praktischen Arbeit eine einheitliche Stoßrichtung zu geben. Das ist in der Vergangenheit bei uns nicht umfassend geschehen.

Die Kritik, die von unseren Genossen vorgelegt wurde, ging davon aus, daß die Mängel in der Arbeit der gesamten Organisation, hauptsächlich Mängel der Leitung zur Ursache haben. Insbesondere wurde kritisiert:

○ Die Erfahrungen aus der praktischen Arbeit der Organisation werden bisher nur unzureichend und noch zu unsystematisch von der Leitung zusammengefaßt, analysiert, um dann wieder in Form allgemeiner und ins Einzelne gehender Anweisungen für die praktische Arbeit der gesamten Organisation zur Verfügung zu stehen.

○ Die Fähigkeiten der Genossen außerhalb der Leitung zur politisch-theoretischen Arbeit sind in der Vergangenheit weitgehend ungenutzt geblieben, bzw. nicht in erforderlichem Maße entwickelt worden. Die Erarbeitung der politischen Linie vollzog sich deshalb nicht ausreichend im Diskussionsprozeß der gesamten Organisation.

○ Es hat sich aufgrund von Mängeln in der Anleitungstätigkeit ein gewisser Autonomismus einzelner Bereiche der Organisation herausgebildet.

Es galt nach Meinung der Genossen, die diese Kritik vorgelegt hatten, durch eine umfassende Diskussion in der gesamten Organisation "Wege zu bestimmen, die geeignet sind, den demokratischen Zentralismus weiter zu entfalten, das Zentrum zu stärken, auf allen Ebenen der Organisation eine kollektive Führung herauszubilden (und) das Klüngelwesen aufzubrechen ...". Die Leitung wurde aufgefordert, eine Struktur sowie inhaltliche Vorschläge für die weitere Diskussion auszuarbeiten.

Vorschläge der Leitung

Die Tatsache, daß die "schwächste Stelle" der Hamburger Organisation des Kommunistischen Bundes derzeit in der politisch-praktischen Anleitung liegt, - d.h. in der organisierten und kontrollierten Umsetzung der Ergebnisse der politisch-theoretischen Arbeit - das zwingt der Diskussion gerade die Frage auf: welche politischen Inhalte wollen wir denn organisatorisch umsetzen? Welche Aufgaben ergeben sich aus der zu beobachtenden Entwicklungsrichtung der Klassenkämpfe in Westeuropa und besonders in Westdeutschland für die Kommunisten? Die zentrale Fragestellung, unter der die Diskussion zu laufen hat, muß lauten:

Was kommt auf die Arbeiterklasse in der nächsten Zeit zu und welche Aufgaben und Möglichkeiten ergeben sich damit für die Kommunisten?

Anfangs sahen einige Genossen die anstehenden Fragen weniger unter dem Blickwinkel der zukünftigen politischen Aufgaben, sondern mehr als ein rein organisatorisches Problem. Auch die Kritik unserer Genossen (siehe oben) läßt dies deutlich werden.

Die Begrenztheit der an der bisherigen Leitungstätigkeit

geführten Kritik muß als notwendige Folge der Mängel und Versäumnisse der Vergangenheit angesehen werden. Diese hatten gerade darin bestanden, daß es der politisch-praktischen Leitung nur ungenügend gelungen war, der praktischen Arbeit der Organisation eine einheitliche Stoßrichtung zu geben.

Aufgrund der Kritik der Genossen wurde die Leitung gezwungen, sich diesen Fragen verstärkt zuzuwenden. Der erste Schritt mußte sein, der Diskussion eine politische Stoßrichtung zu geben. Indem die Leitung das tat, konnte auch die Kritik der Genossen auf eine höhere Stufe gehoben werden.

Den Genossen wurde schnell klar, daß die Diskussion mit dem Blick nach vorn auf die zukünftigen Aufgaben, das heißt unter politischen Vorzeichen weitergeführt werden mußte, wollte man sich nicht in den Fußangeln der "Organisations-Logik" verfangen.

Die Leitung gab daraufhin in Form eines Referats vor den Delegierten aller Bereiche der Organisation einen Abriss der Situation, vor der sich die Kommunisten in der BRD sehen und leitete daraus her, wo die Schwerpunkte unserer zukünftigen Aufgaben liegen müssen.

Was kommt auf die Arbeiterklasse zu? (Wo geht die Reise hin?)

Die Analyse der politischen Situation in der BRD - und nicht nur hier - ergibt, daß sich die Arbeiterklasse derzeit einer alleseitigen Offensive der Kapitalisten gegenüber sieht. (Siehe die Untersuchung über den Verlauf der Metalltarif-Runde 1971 in diesem Heft). Die Arbeiterbewegung der BRD befindet sich noch in einem Zustand, der ihr nicht gestattet, diesen Angriff der Kapitalistenklasse zurückzuschlagen. Die Arbeiterklasse befindet sich somit derzeit in der Defensive.

Der westdeutsche Imperialismus geht seit Jahren aufgrund eines Konzepts, eines Plans, der langfristig angelegt ist, in seiner Außenpolitik vor. Im Zentrum dieser langfristigen Konzeption steht die politische Einigung Westeuropas, von der sich die westdeutschen Imperialisten die vergleichsweise größten Vorteile versprechen. Seine ökonomische Potenz sucht der BRD-Imperialismus in politische Vormacht umzusetzen.

So wie im 17. - 19. Jahrhundert die Bildung von Nationalstaaten eine für die Entwicklung des Kapitalismus historische Notwendigkeit geworden war, so ist heute die Überwindung der Enge der kleinen westeuropäischen Nationalstaaten ein Gebot der historischen Stunde, wenn man

"... auch in der Zukunft noch eine Rolle in der Welt spielen will ...". Daß das Ringen um die Vormacht in diesem geplanten Europa zu einer äußersten Verschärfung der Widersprüche zwischen den westeuropäischen Imperialisten führen wird, liegt auf der Hand.

Für dieses Ringen hat sich der westdeutsche Imperialismus in den letzten Jahrzehnten im Innern die günstigsten Voraussetzungen geschaffen. Die Stationen der Niederdrückung der westdeutschen Arbeiterklasse nach 1945 sind deutlicher Ausdruck dieser Entwicklung. Daß die letzten Jahrzehnte für den westdeutschen Imperialismus nichts anderes waren als eine Periode erneuten Kräftesammelns, nachdem die deutschen Imperialisten zweimal gescheitert waren bei ihrem Versuch, sich die anderen europäischen Länder zu unterwerfen, das mußte schon kurz nach dem Ausgang des zweiten Weltkriegs klar werden.

Heute ist deutlich, daß das kommende Jahrzehnt erneute Anläufe des westdeutschen Imperialismus - auch gegen die osteuropäischen Länder - bringen wird.

Aber nicht nur außenpolitisch, sondern auch im Innern geht der westdeutsche Imperialismus nach strategischen

Konzeptionen vor. Die westdeutsche Kapitalistenklasse hat sich nicht darauf beschränkt, der Arbeiterklasse Stück für Stück die nach 1945 erkämpften Rechte zu beschneiden. Auch für die kommende Entwicklung ist die Kapitalistenklasse gerüstet.

Im Zuge der westeuropäischen Einigung werden die Imperialisten dazu übergehen, das Lebensniveau der westeuropäischen Arbeiter zu nivellieren. Für die westdeutsche Arbeiterklasse bedeutet das eine Senkung. Daß sie sich zur Wehr setzen wird, kann man sich an fünf Fingern abzählen. Daß hier die Basis für spontane Kämpfe gegeben ist, die alles übertreffen können, was nach 1945 an Kämpfen stattfand, darüber machen sich am allerwenigsten die westdeutschen Kapitalisten Illusionen.

Das Hineinziehen der skandinavischen Länder und Englands in den Strudel der westeuropäischen Entwicklung, das verstärkte Hineinwirken der mächtigsten europäischen Imperialisten in das innere Gefüge der anderen westeuropäischen Länder, womit eine Steigerung der ökonomischen und politischen Disproportionen zwischen den einzelnen Ländern verbunden sein wird, all das muß die Arbeiter in Westeuropa - und nicht nur diese - in Bewegung bringen, macht ein Anwachsen der spontanen Kämpfe geradezu unausweichlich.

Daß in den siebziger Jahren sowohl die imperialistischen Auseinandersetzungen als auch die Klassenkämpfe im Innern ein bedeutend höheres Niveau erlangen werden, war für die Kapitalisten absehbar. Sie bereiten sich seit Jahren intensiv darauf vor. Sich hier Illusionen zu machen, das wäre für Kommunisten eine geradezu tödliche Dummheit. Das liefe darauf hinaus, zu leugnen, daß die Kapitalistenklasse die herrschende Klasse ist. Das hieße, ihr die Fähigkeit zu bewußtem Handeln abzusprechen. Nein, dafür steht für diese Klasse zu viel auf dem Spiel, nämlich ihre Existenz.

Für die beiden bestimmenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft ist die entscheidende Frage, wie es mit dem politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse in den kommenden Kämpfen bestellt ist. Mit spontanen Kämpfen ist die Kapitalistenklasse in der Geschichte immer recht und schlecht fertig geworden. Die Gefahr für ihre Klassenherrschaft ist nur dann gegeben, wenn in der Arbeiterklasse das politische Bewußtsein von der Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze hinreichend entwickelt ist.

Daß die Kapitalistenklasse die in der Zukunft liegenden spontanen Kämpfe nicht verhindern kann, dessen ist sie sich bewußt. Das ist aber auch nicht das Entscheidende. Ob es aber der Arbeiterklasse gelingen wird, sich rechtzeitig ihre Kommunistische Partei zu schaffen, die die notwendige Kampferfahrenheit und eine richtige Strategie und Taktik besitzt, das ist die entscheidende Frage. Das wird die Kapitalistenklasse mit allen Mitteln zu verhindern suchen.

Schaut man sich die Ausgangsbedingungen der zwei, die gesellschaftliche Entwicklung in Westdeutschland bestimmenden Klassen an, so sieht es auf den ersten Blick nicht besonders günstig für die Arbeiterklasse aus.

Im Gegensatz zu den zwanziger - und den frühen drei-

ziger Jahren geht die Kapitalistenklasse in Westdeutschland heute aus einer unvergleichlich stärkeren Position in die zukünftigen Klassenauseinandersetzungen hinein. Damals wurde der Faschismus am Ende einer Periode langen Ringens zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse errichtet, zu deren Beginn die Herrschaft der deutschen Kapitalisten schwer angeschlagen war. Die ganzen Jahre hindurch stand den Kapitalisten eine weitaus bewußtere Arbeiterklasse gegenüber als das heute der Fall ist. Die Existenz einer Kommunistischen Partei, die zeitweise über 300 000 Mitglieder zählte und ca. 6 Millionen Wähler auf sich vereinen konnte, war ein sichtbarer Ausdruck dieser Tatsache.

Am Beginn der siebziger Jahre dagegen sieht das Bild ganz anders aus. Es muß aufgrund der Beobachtung der Entwicklung nach 1945 davon ausgegangen werden, daß die Kapitalistenklasse ihre Lehren aus der Geschichte gezogen hat. Es ist nicht nur festzustellen, daß der Staatsapparat mit äußerster Konsequenz - kontinuierlich seit 1945 - ausgebaut wurde und für die kommenden Kämpfe besser gerüstet ist als das jemals in der deutschen Geschichte der Fall war.

Die entscheidende Lehre, die die Kapitalistenklassen - nicht nur die westdeutsche - aus den zwanziger Jahren gezogen haben, liegt auf politisch-ideologischem Gebiet. Es ist den Kapitalistenklassen aller westeuropäischen Länder bisher gelungen, die Schaffung einer kommunistischen Partei zu hintertreiben, bzw. eine Politik zu betreiben, die die ehemals kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich immer weiter in die rechte Ecke wandern ließ.

Es muß ebenfalls beachtet werden, daß die Kapitalistenklassen, die nach dem ersten Weltkrieg faschistische Diktaturen errichteten, im Vergleich zu den Ländern, deren Kapitalisten schon seit Jahrhunderten unter der bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform an der Macht waren, mit eben diesem demokratisch-parlamentarischen Instrumentarium weit unerfahrener waren. Dieser Nachteil ist heute ausgeglichen. Die westdeutschen Kapitalisten können heute recht perfekt mit diesem Instrumentarium umgehen. Dazu gehört auch das Spiel mit verteilten Rollen zwischen den bürgerlichen Parteien.

Insgesamt muß festgehalten werden, daß die Kapitalistenklasse nicht nur die Erfahrungen der Geschichte für die Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft nutzbar gemacht hat, sondern daß sie es heute auch besser versteht, über SPD und Gewerkschaftsführung ihren Einfluß auf die Massen abzusichern und diese Dinge konsequenter und systematischer betreibt, als ihr das vor Jahrzehnten möglich war.

Es gibt nun Leute, die aus all dem schließen, daß mit einem neuen Faschismus überhaupt nicht mehr zu rechnen sei, oder daß diese Gefahr für die Arbeiterklasse zumindest in sehr weite Ferne rücke. Nichts wäre törichter als dies. Alles was daraus zu schließen ist, geht in die gegenteilige Richtung. Die Kapitalistenklasse richtet sich vielmehr auf diesen Fall ein, sie bereitet sich umfassend darauf vor. Gerade die Vorbereitungen für den Bürgerkrieg, die in

den letzten Jahren vor unseren Augen stattfinden, sollten das deutlich gemacht haben.

Die Lehren, die die Kapitalistenklasse aus der Geschichte gezogen hat, legen allerdings nahe, daß sie versuchen wird, risikoloser zu faschistischen Herrschaftsformen überzugehen als das vor 1933 in Deutschland der Fall war. Das heißt besonders, daß die Kapitalisten anstreben, bruchloser zum Faschismus zu gelangen. Vor allem heißt das, der politisch-ideologische Kampf wird von der Kapitalistenklasse systematischer und intensiver geführt. Denn genau das ist das Feld, auf dem die Vorbereitungen für ein langsames unmerkliches Überleiten zum Faschismus betrieben wird. Eine offene brutale Niederschlagung der Arbeiterklasse, wie sie 1933 in Deutschland stattfand, scheint den Kapitalisten doch mit zu vielen Risiken behaftet zu sein.

Die Bedingungen sind heute für die Bourgeoisie günstiger als vor 1933. Besonders der heutige Zustand der westdeutschen Gewerkschaften, die schon jetzt viel unmittelbarer unter der Kontrolle der Kapitalistenklasse stehen als in den zwanziger Jahren, macht sie für eine Ausrichtung und eine schrittweise Pervertierung in Richtung auf eine faschistische "Gewerkschaft", wie die DAF ("Deutsche Arbeitsfront") eine war, so ungeeignet nicht. 1933 dagegen wurden die Gewerkschaften noch total zerschlagen, bevor die Arbeiter in die DAF gezwungen werden konnten.

Zusammenfassend sei hier zweierlei besonders hervorgehoben und festgehalten:

Konsequenzen aus dieser Einschätzung:

Sinn dieser politischen Einschätzung ist es, zu einer Bestimmung der Schwerpunkte zu kommen, nach der sich unsere gesamte Arbeit in der kommenden Zeit ausrichten und daraus auch politisch-organisatorische Leitsätze zu gewinnen. Faßt man die Schwerpunkte, an denen sich un-

sere zukünftige Arbeit orientieren muß in Hauptparolen zusammen, so werden diese lauten:

- Das Element der Bewußtheit stärken
- Unsere Praxis rationalisieren

Das Element der Bewußtheit stärken

Da sich in diesem Leitsatz die wesentlichste Aufgabe der Kommunisten ausdrückt, mit der alle anderen Aufgaben zusammenhängen, kommt es hier auf die konkreten Schritte an, die zur Erfüllung dieser Aufgabe notwendig sind.

organisierte wirtschaftliche Arbeit
Vor allem müssen die politisch-theoretischen Anstrengungen verstärkt werden. Die Erarbeitung einer kommunistischen Programmatik erfordert von den westdeutschen Kommunisten mehr Aufmerksamkeit, als dieser Aufgabe bisher gewidmet wurde. Vor allem wird es notwendig sein, hier organisierter vorzugehen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Es muß ein wissenschaftliches Arbeitsprogramm aufgestellt werden, das inhaltlich, zeitlich und personell gut durchdacht ist und kontrolliert verwirklicht wird.

Zeitung
Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die politische Zeitung. Die Bedeutung einer solchen Zeitung, wie sie von Lenin bestimmt wurde, wird zwar allgemein verbal anerkannt. Schaut man sich dagegen die verschiedenen Zeitungen der Zirkel an, so sieht man, wie weit die westdeutschen Kommunisten von diesem Ziel noch entfernt sind. Hier zeigt sich u. a., daß die Bedeutung der politischen Zeitung eben doch noch nicht hinreichend verstanden wird - und damit auch, was es heißt, das Element der Bewußtheit stärken.

konspirative Absicherung
Weil der politischen Zeitung so überragende Bedeutung zukommt, sind auch die organisatorisch-technischen Maßnahmen, die unbedingt zur Absicherung des Weitererscheinens der Zeitung getroffen werden müssen, ebenso

wichtig, wie die Zeitung selbst. Zumal davon ausgegangen muß, daß schon heute das Verbot konsequenter Organisationen der Arbeiterklasse propagandistisch und technisch vorbereitet wird.

Im Rahmen der Aufgabe, das Element der Bewußtheit zu stärken, ist die Arbeit mit der politischen Zeitung und die Arbeit an der Zeitung in unserer Organisation weit breiter zu entfalten, als das bisher der Fall ist. Zu diesem Punkt wird mehr unter der Überschrift: "Die Berichterstattung" zu sagen sein.

Praxis rationalisieren

Mehr theoretische Arbeit, deshalb Praxis rationalisieren

Die Einschätzung der Situation läßt uns zu der Konsequenz kommen, daß die beschränkten Kräfte, die uns derzeit zur Verfügung stehen, konzentriert werden müssen und optimal zur Stärkung der politisch-theoretischen Arbeit, die ihren Niederschlag in der politischen Zeitung finden muß, eingesetzt werden müssen.

Dazu ist vor allem erforderlich, daß wir unsere bisherige Praxis einer genauesten Prüfung unterziehen und uns dabei die Frage stellen, ob der investierte Aufwand in einem vertretbaren Verhältnis zum erreichbaren Erfolg steht. Ebenfalls ist die Frage zu stellen, ob die bisherige Praxis insgesamt in der richtigen Proportion zur politisch-theoretischen Arbeit steht.

Es muß eines ganz besonders klar sein: Wir wollen und dürfen auf keinen Fall unsere Praxis "liquidieren". Die Frage so stellen, heißt sie falsch stellen. Es geht darum die Praxis zu rationalisieren, d.h. mit möglichst weniger Kräften als bisher einen gleichen oder noch größeren Effekt zu erreichen. Das ist nur in zweiter Linie eine Frage der Quantität, vielmehr die Frage, wie schaffen wir es, aufgrund fundierterer Überlegungen als bisher, unsere Genossen dort einzusetzen, wo die Arbeiter konzentriert sind, die wir besonders ansprechen und gewinnen wollen. Und wie können wir die politische Qualität unserer Genossen so heben, daß weniger Genossen mehr und besser arbeiten.

Die Kräfte, die wir zur Verstärkung unserer politisch-theoretischen Arbeit benötigen, können zur Hauptsache nur aus unseren Organisationen kommen. Darüber müssen wir uns alle klar sein. Wir brauchen für diese Arbeiten Kommunisten und Kommunisten werden nur in den kommunistischen Organisationen erzogen. Also hier liegen unsere personellen Reserven. Daß diese personellen Reserven nur freigesetzt werden können, wenn wir "unsere Praxis rationalisieren", liegt auf der Hand.

Um die Genossen verstärkt für die politisch-theoretische Arbeit einsetzen zu können, ihre Fähigkeiten auf diesem Gebiet zu entwickeln - auch fähige Publizisten fallen nicht vom Himmel - wird erforderlich sein, die politisch-ideo-

Die Schulung

Schließlich soll hier noch die Schulung unserer Genossen erwähnt werden. Unsere Genossen sollen sich nicht in erster Linie an den Texten der Klassiker des Marxismus-Leninismus schulen, obwohl deren Studium immer in der Schulung eine ganz zentrale Stelle einnehmen wird. Es kommt vor allem bei der Schulung auf die konkrete Untersuchung der Wirklichkeit, der gegenwärtigen politisch-ideologischen Auseinandersetzungen in der kommunistischen Presse an, d.h. auf die Anwendung der Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus auf die konkrete Wirklichkeit des Klassenkampfes hier und heute.

logische Diskussion in der gesamten Organisation auf ein bedeutend höheres Niveau zu heben. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist eine Rationalisierung der Praxis erforderlich. Wo sollten die Genossen die Zeit hernehmen, die ohne Zweifel dafür erforderlich ist, wenn nicht durch Einsparungen und Effektivierung ihrer praktischen Arbeit?

Aus der politischen Einschätzung, daß die größeren Klassenkämpfe erst in einer gewissen Zeit auf uns zukommen werden, ergab sich der Schluß, daß die Kommunisten für diese Zeiten gerüstet sein müssen. Neben anderem ergibt sich daraus die Konsequenz, daß es auf keinen Fall zulässig ist, unsere Genossen schon jetzt laufend bis an die Grenze ihrer psychischen und physischen Leistungsfähigkeit zu belasten. Derzeit ist das noch der Normalfall. Die langfristige Orientierung erfordert, mit unseren Kräften auch unter diesem Aspekt hauszuhalten. So weitermachen wie bisher, wäre im höchsten Grade verantwortungslos.

Branchen- und Betriebszeitungen

In diesem Zusammenhang noch einige Bemerkungen zu den Branchen- und Betriebszeitungen. Der Schwerpunkt unserer publizistischen Arbeit liegt eindeutig auf der politischen Zeitung der Organisation. Diese Zeitung orientiert sich vornehmlich auf die bewußteren Teile der Arbeiterklasse.

Die Branchen- und Betriebszeitungen sind dagegen auf breitere Teile der Arbeiterklasse abgestellt. Die derzeitige Lage - der relativ unentwickelte Stand der Arbeiterbewegung, die Beschränktheit unserer Kräfte - gestatten uns nicht, heute eine ausgesprochene Massenpropaganda zu betreiben.

Es wird unter diesem Gesichtspunkt erforderlich sein, genau zu prüfen, wo bei den Branchen- und Betriebszeitungen gewisse Einschränkungen möglich sind. Diese Publikationen sollten in Zukunft nur noch dann erscheinen, wenn wir wirklich etwas zu sagen haben. Besonders in den Tarifkämpfen, Vertrauensleute- und Betriebsratswahlen, im Zusammenhang mit Demonstrationen und ähnlichen Aktionen, vor dem 1. Mai - um nur einige Beispiele zu nennen - soll ein häufiges Erscheinen der Betriebs- und Branchenzeitungen gesichert sein. Auf keinen Fall darf in der Zukunft so verfahren werden, daß man sagt, es sei in den letzten zwei

oder vier Wochen keine Branchen- oder Betriebszeitung herausgekommen und aus diesem Grund müsse nun eine neue Nummer erscheinen.

Besonders die Branchenzeitungen sollten in dem Maße, wie sich die Gewerkschaftsarbeit ausweitete und verbesserte, zu Organen der Gewerkschaftsopposition entwickelt werden. Das muß die langfristige Orientierung der Branchenzeitung sein. Das setzt voraus, daß auch bedeutende Fortschritte in Richtung auf den Aufbau der kommunistischen Gewerkschafts-Fraktionen erfolgen.

ORGANISATORISCHES

Politisch-organisatorische Voraussetzungen

Eine Ausrichtung unserer Arbeit auf die hier skizzierten Schwerpunkte erfordert auf allen Ebenen der Organisation Veränderungen. An der Basis der Organisation ist eine andere Form der Grundorganisation erforderlich.

ac

Kleine Grundeinheiten (Zellen)

Die Grundeinheiten (vornehmlich Betriebszellen) sollten in der Regel nicht mehr als fünf bis sechs Genossen umfassen. Mit dieser Form der Grundorganisation soll verschiedenes erreicht werden. Es sollen in diesen Grundeinheiten feste Zuständigkeiten geschaffen werden. Es ist anzustreben, daß die leitenden Genossen dieser Zellen von den Mitgliedern gewählt werden. Nur in Ausnahmefällen sollte die Leitung diese anleitenden Genossen einsetzen. Die Wählbarkeit stärkt die Verantwortlichkeit und die politische Eigenständigkeit der Genossen. Es ist u. a. deshalb erforderlich, daß es einen anleitenden Genossen in jeder Zelle gibt, weil nur dieser Genosse mit den anleitenden Genossen anderer Zellen in Verbindung stehen soll. Für die Schaffung fester organisatorischer Wege und Zuständigkeiten sowie im Hinblick auf die erforderliche Sicherheit ist das unerlässlich. Es muß jedem Genossen zur Regel werden, daß organisatorische Dinge nur dort behandelt werden, wo er sie im Rahmen seiner Aufgaben zu besprechen hat.

Auch für die kontrollierte Durchführung der von der Leitung gefaßten Beschlüsse sind feste Zuständigkeiten und persönlich verantwortliche Genossen notwendig. Eine systematische Kaderpolitik ist ebenfalls nur dann möglich, wenn aufgrund der Verantwortlichkeiten in jeder Zelle geprüft werden kann, wie die Genossen die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen und auf welchen Gebieten ihre Schwächen und ihre größten Fähigkeiten liegen.

Die Grundorganisation in kleinen Zellen bedeutet insgesamt eine Dezentralisierung und eine Stärkung der Demokratie. Eng verbunden mit der Schaffung fester Zuständigkeiten ist die Entwicklung der Arbeitsteilung.

All das wird in der Folge die Basis für eine Vervollkommenung der Zentralisierung in unserer Organisation abgeben, für deren Entwicklung allerdings noch die Einführung eines kontinuierlichen Berichtswesens hinzukommen muß.

Das Berichtswesen:

In unseren Organisationen muß möglichst bald ein systematisches Berichtswesen zur Regel werden. Die kontinuierliche Erarbeitung von schriftlichen Berichten, die über die Arbeit der Zellen Auskunft gibt, die politischen Probleme im jeweiligen Arbeitsbereich der Genossen darlegt, sich gründlich mit der Untersuchung der Schwerpunkte im Tätigkeitsfeld der Zellen befaßt, wird in vielerlei Hinsicht zu einer unabdingbaren Notwendigkeit.

^{Schulung des Genossen}
Diese Berichte sollen zum einen den Blick der Genossen für die Probleme schaffen, die sie zu lösen haben, zum anderen sind diese Berichte ein Instrument zur politisch-theoretischen und praktischen Qualifizierung der Genossen. Drittens gehört es unbedingt zur Schaffung fester Verbindlichkeiten, zu einer entwickelten Arbeitsteilung, daß laufend über die Arbeit Bericht erstattet wird. ^{unberührung der Leitung}
Der wichtigste Grund aber, weshalb wir zu einer entwickelten Berichterstattung kommen müssen, besteht darin, daß eine politisch-praktische Leitung, die diesen Namen tatsächlich verdient, sich nur auf der Basis einer solchen Berichterstattung herausbilden kann. Erst auf der Grundlage der kontinuierlich an die politisch-praktische Leitung herangetragenen Informationen über alle wichtigen Vorgänge, über die geleistete Arbeit und die konkreten Schwierigkeiten in den verschiedenen Bereichen der Organisation, ist ein geplantes, systematisches Vorgehen der politisch-praktischen Leitung möglich.

^{Rationalisierung}
Es werden die Ausrichtung auf die vorher entwickelten Schwerpunkte, die Stärkung des Elements der Bewußtheit und die Rationalisierung der Praxis ebenfalls nur auf der Grundlage einer verbesserten Berichterstattung durchführbar sein. Wie soll die Leitung entscheiden, wie und wo zu rationalisieren ist, wenn nicht auf Grund genauerer Kenntnisse, als sie uns heute vorliegen?

^{Kaderpolitik}
Wie soll die Leitung eine fundierte Kaderpolitik betreiben, d. h. den Genossen bei der Überwindung von Schwächen und Fehlern helfen, die Fähigkeiten der Genossen auf verschiedenen Gebieten herausfinden und sie entsprechend einsetzen, wenn nicht auf der Grundlage konkreter Informationen, die nur ein entfaltetes Berichtswesen liefern kann?

^{Zeitungsarbeit}
Schließlich ist die Entwicklung der Mitarbeit breiterer Teile der gesamten Organisation an der Zeitung - eben durch Berichte an die Redaktion über die politischen Fragen, die auftauchen, durch Kritik an der Zeitung - nur über eine kontinuierliche Berichterstattung zu erreichen. Auch eine optimale Dezentralisation der Information ist nur über die Zeitung möglich, dazu muß aber zuvor eine entfaltete Zentralisation der Information in den leitenden Gremien erfolgt sein.

Veränderungen in der Leitung

^{Spezialisierung der Leitung}
So wie in den Grundeinheiten der Organisation feste Verantwortlichkeiten geschaffen werden müssen, so muß auch die Arbeitsteilung in der politisch-praktischen Leitung verstärkt werden. Auch hier kann eine Hebung des Niveaus der Leitungstätigkeit insgesamt nur im Zusammenhang mit einer gewissen Spezialisierung verwirklicht werden. Bereiche,

für die abgegrenzte Zuständigkeiten existieren müssen, sind Organisations- und Kaderpolitik, Betriebs- und Gewerkschafts-Politik, Agitation und Propaganda, um nur die wichtigsten zu nennen.

Damit Kontrolle der Leitung
Die Schaffung fester Verantwortlichkeiten in der politisch-organisatorischen Leitung bietet auch eine bessere Grundlage für die systematische Kontrolle der leitenden Genossen. Diese Kontrolle kann nur an Hand der Ergebnisse ihrer Arbeit erfolgen, was eben bedeutend leichter ist, wenn die Aufgabenbereiche besser voneinander abgegrenzt sind. Daß es sich dabei um eine Stärkung des demokratischen Elements handelt, wenn die leitenden Genossen besser kontrollierbar sind, das liegt auf der Hand.

Zum demokratischen Zentralismus

Es sei hier besonders auf die Dialektik von Dezentralisierung und Zentralisierung hingewiesen, die den dargelegten Vorstellungen zugrunde liegen und die die Basis der Maßnahmen bilden, deren Verwirklichung wir in unserer Organisation eingeleitet haben.

Dezentralisierung der Verantwortung / Zentralisierung des Aufbaus
Es handelt sich dabei um eine konkrete Stärkung des demokratischen Zentralismus. Auf der einen Seite dezentralisieren wir die Verantwortlichkeiten, kommen zu einer entwickelten Arbeitsteilung und stärken so die Demokratie in der Organisation. Auf der anderen Seite - und gleichzeitig damit zentralisieren wir die Informationen und schaffen so die Grundlage für eine Stärkung der politisch-organisatorischen Leitung. Das Berichtswesen stärkt auch das politisch-ideologische Zentrum der Organisation, die politische Zeitung. Die Stärkung der leitenden Gremien der Organisation insgesamt läuft auf eine Stärkung des Zentralismus hinaus.

Der springende Punkt dabei ist, daß die Stärkung der zentralen Gremien, die Stärkung des Zentralismus nur auf der Basis der Dezentralisierung und der Demokratie und gleichzeitig damit möglich ist.

Konkreter Schritt im Rahmen des Parteaufbaus

Nachmalige Lageeinschätzung
Unsere Einschätzung, daß der Klassenfeind uns nicht mehr all zu viel Zeit lassen wird, uns auf die kommenden Klassenkämpfe vorzubereiten, daß er derzeit weit besser gerüstet ist als die Arbeiterklasse, daß es die Kapitalistenklasse schon einmal geschafft hat, der deutschen Arbeiterklasse mittels einer faschistischen Diktatur auf Jahrzehnte "das Rückrat zu verbiegen", wovon die Arbeiterbewegung sich in Westdeutschland heute noch nicht erholt hat, und die Westdeutsche Kapitalistenklasse schon wieder drauf und dran ist, sich auf einen neuen Faschismus vorzubereiten, all das klingt nicht besonders verheißungsvoll. Einige Genossen mögen uns vorwerfen, das Bild das hier gezeichnet werde, sei gar zu düster, sei Schwarzmalerei, sei nur geeignet, Resignation zu erzeugen.

Daß die Arbeiterklasse nicht aus der besten Ausgangssituation in die auf sie zukommenden Kämpfe geht, kann für Kom-

munisten nichts Abschreckendes an sich haben. Wann wäre das in der Geschichte je anders gewesen? Die einzige Konsequenz, die aus dieser Einschätzung zu ziehen ist, besteht für uns darin, die wenige uns noch verbleibende Zeit wirklich zu nutzen.

Anwendung des Zirkelwesens

Als eine zentrale Aufgabe steht der Aufbau der kommunistischen Partei vor der westdeutschen Arbeiterklasse. Auf der einen Seite gilt es, in der Dialektik von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zwischen den Zirkeln die politisch-theoretische Arbeit an der kommunistischen Programmatik voranzutreiben. Zugleich müssen Fortschritte auf dem Gebiet der praktisch-organisatorischen Zusammenarbeit der Zirkel gemacht werden.

der "innerzirkularen" Ansatz

Ein weiterer konkreter Schritt in Richtung auf den Aufbau der kommunistischen Partei besteht darin, daß die Zirkel bei sich selbst die Voraussetzungen schaffen, die erforderlich sind um ihre Arbeit auf ein höheres Niveau zu heben. Das heißt für den Kommunistischen Bund, daß wir nach einer grundlegenden Prüfung unserer bisherigen Arbeit zu einer Orientierung unserer zukünftigen Arbeit auf die Schwerpunkte gelangen, wie wir sie oben zu umreißen versucht haben.

Um einen möglichst wertvollen Beitrag zur Erarbeitung der Programmatik der westdeutschen Arbeiterklasse zu leisten und zugleich die politisch-praktische Arbeit zu verbessern, sind die Zirkel zu einem besonders rationellen Einsatz und zu einer optimalen Konzentration ihrer Kräfte gezwungen.

Die politisch-organisatorischen Maßnahmen, wie sie oben skizziert wurden, müssen unbedingt in unserer Organisation verwirklicht werden und in diesem Sinne sind sie gegenwärtig das "Hauptkettenglied" für die allseitige Verbesserung unserer Arbeit.

"Abwiegeln"

Andererseits sind hier Erfolge nicht von heute auf morgen zu erwarten. Gerade was die Rationalisierung der Praxis anlangt, muß mit äußerster Vorsicht vorgegangen werden. Erst nach genauester Untersuchung können wir zu den erforderlichen Einschränkungen kommen. Obwohl einschneidende Veränderungen möglichst bald erfolgen müssen, besteht immer die Gefahr, daß bei übereilten Maßnahmen Schaden angerichtet wird, der langjährige und mühevollen Arbeit zunichte macht. Auch eine politisch-praktische Leitung, die diesen Namen wirklich verdient, kann sich ebensowenig wie eine entwickelte Arbeitsteilung in der gesamten Organisation von heute auf morgen herausbilden. Zudem besteht die Erfahrung, daß es immer dann, wenn wir neue Dinge in die Organisation hinein getragen haben, zu "Pendelschlägen" kam. Diese "Pendelschläge" bestanden darin, daß das neue zu absolut verstanden wurde. In der Zukunft wird es darauf ankommen, daß diese "Pendelschläge" immer geringer werden.

Nachtrag

Konspiration

Es mag auffallen, daß wir zu den Fragen der Absicherung und der Vorbereitung auf zu erwartende Illegalisierungsversuche in diesem Artikel nicht Stellung genommen haben. Es ist klar, daß die hier angesprochenen Dinge auch eng mit diesem Komplex in Verbindung stehen.

Zum einen ist geplant, zu diesen Fragen einen besonderen Artikel zu veröffentlichen. Zum anderen ist es im Zuge der Verwirklichung der hier dargelegten Maßnahmen sinnvoll,

gewissermaßen im zweiten Schritt, auch die Fragen der Sicherheit umfassend in der gesamten Organisation anzugehen.

Die hier vorgelegte Stellungnahme der Leitung zu einer Reihe organisatorischer Fragen war in den Grundlinien schon vor etwa zwei Monaten fertiggestellt. Wegen der Verzögerung des Erscheinens von UNSER WEG erscheint diese Stellungnahme erst jetzt. Es sollte auf dieser Basis der Diskussionsprozess fortgesetzt bzw. wieder "angekurbelt" werden.

Seit dem letzten Erscheinen von UNSER WEG ist ungewöhnlich viel Zeit vergangen. Das hat seine Ursache - allgemein gesprochen - in der Arbeitsüberlastung der damit befaßten Genossen. UNSER WEG ist leider noch immer nicht in ausreichendem Maße Zeitung der Organisation. Ein allzu großer Teil der Arbeit bleibt bei allzu wenig Genossen hängen. Es gibt für UNSER WEG keinen freigestellten Genossen; d.h. die Arbeit an der Zeitung läuft zusätzlich zur normalen Lohnarbeit der Genossen. Das soll auch in Zukunft nicht anders sein; erforderlich ist aber eine breitere Mitarbeit an der Zeitung. Dazu kommt, daß in der Zwischenzeit mehrere Sondernummern erschienen sind bzw. in Vorbereitung sind und außerdem ursprünglich für UNSER WEG geplante Artikel und Vorarbeiten im Zuge der neuen Konzeption der politischen Zeitung im ARBEITERKAMPF erschienen sind.

Es ist beabsichtigt, UNSER WEG in Zukunft wieder regelmäßiger erscheinen zu lassen. In der nächsten Nummer voraussichtlich u. a. mit dem 2. Teil des Metall-Artikels (Verlauf in Hamburg) und zur Auseinandersetzung mit dem Neo-Revisionismus der ABG München und "KAB/ML" Tübingen.

Ankündigung!

Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der "Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte. Wie immer in Zeiten, in denen die Arbeiterklasse den härtesten Schlägen der Reaktion ausgesetzt ist, machen sich auch in ihren Reihen Tendenzen der Resignation und Schwankungen geltend, für die besonders die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elemente anfällig sind, die sich in Zeiten des Aufschwungs auf die Seite der Arbeiterklasse gestellt haben. Der Kampf gegen die Liquidatoren und Menschewiki, der Wiederaufbau des weitgehend zerschlagenen Parteiapparates unter den schwierigsten Bedingungen der Illegalität, das Wiedergewinnen der revolutionären Arbeiter durch Bolschewiki - all das und daher auch der Titel "Als die Nacht verging" wird in diesem Roman eindringlich dargestellt.

Iwan
Popow
Als die Nacht
verging

Iwan Popow

Als die Nacht verging

In 2 Bänden jeweils DM 6,-



Wir geben diesen Roman sowohl wegen des hohen politischen Niveaus wie auch um der Lehren willen, die aus ihm für die zukünftige Arbeit gezogen werden können, neu heraus.

Erhältlich im
arbeiterbuch
KG Politische Buchhandlung
GmbH & Co
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

VON PINELLI ZU FELTRINELLI

Am 12. Dezember 1969 explodierte in der Mailänder Landwirtschaftsbank eine Bombe und tötete 16 Menschen. Über 80 weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Fast zur selben Zeit explodierte in einer römischen Bank ebenfalls eine Bombe. Mehrere Angestellte wurden verletzt. Eine dritte, nicht explodierte Bombe, wurde in einer Mailänder Bank gefunden.

Verantwortlich gemacht für diesen mörderischen Anschlag wurden die Anarchisten, und mit ihnen die gesamte revolutionäre Linke. Es gab hunderte von Festnahmen, Verhören, Haussuchungen, Verhaftungen. Einer der verhafteten Anarchisten, der Mailänder Eisenbahner Pinelli, stürzte drei Tagen nach den Attentaten unter immer noch ungeklärten Umständen aus dem 4. Stock des Polizeipräsidiums und starb. Calabresi, verantwortlicher Kommissär für das "Verhör" Pinellis, wurde im Mai 72 vor seinem Haus von bisher Unbekannten erschossen.

Die Polizei präsentierte schließlich den Anarchisten Valpreda aus Rom und die Gruppe "22. März", deren Mitglied er war, als angebliche Attentäter. Valpreda und einige seiner Genossen sind seit nunmehr zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft. Ein im Frühjahr dieses Jahres begonnener Prozess gegen sie wurde nach kaum zwei Wochen abgebrochen, da sich das römische Gericht für unzuständig erklärte und den Fall nach Mailand verwies. Mit einer Wiederaufnahme des Prozesses ist frühestens im Herbst zu rechnen.

"Das hat kein Genosse getan! Ihr müßt die Mörder unter den Faschisten suchen!", soll schon Pinelli im Verhör gesagt haben. Alles weist heute in diese Richtung.

Wenige Tage nach der Verhaftung Valpredas wurde bekannt, daß eines der Mitglieder von "22. März" ein faschistischer Provokateur war, Mitglied von rechtsradikalen Organisationen und Teilnehmer einer Reise ins faschistische Griechenland im April 68; nach dieser Reise begann er, sich ins "linke" Milieu einzuschleichen.

Weitere Hinweise führten schließlich auf die Faschisten Ventura und Freda, die Ende vergangenen Jahres verhaftet wurden. Zahlreiche Anschläge während des Jahres 69, einschließlich der vom 12. Dezember, wirft ihnen die Anklageschrift vor. Ihr Ziel war es, diese Anschläge der revolutionären Linke anzulasten und so ein Klima zu begünstigen, in dem ein Militärputsch nach griechischem Muster durchgeführt werden könnte. Hinter diesem Plan stand - wie u. a. von bürgerlichen englischen Zeitungen nachgewiesen wurde, der griechische Geheimdienst KYP.

Der Faden wurde wieder aufgenommen mit dem Tode des Verlegers Feltrinelli bei einer Bombenexplosion im Frühjahr dieses Jahres und der sich daran anschließenden Kampagne von Staatsapparat und Presse.

Diese Zusammenhänge werden in der Broschüre dargestellt. Besondere Aktualität erhält die Arbeit durch die Bomben-Serie der jüngsten Zeit in der BRD, die von der Bourgeoisie zu parallelen Manövern genutzt wird wie in Italien. Speziell zur westdeutschen Situation sind weitere Arbeiten des KB in Vorbereitung.

c. a. 40 Seiten

voraussichtlicher Preis : 1.50 DM

mit Dokumentenanhang

(u. a. voller Text des Briefes eines griechischen Agenten an seine Vorgesetzten über seine Aktivitäten in Italien und zur "Strategie der Bomben")